

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2018/202973]

24. MAI 2018 — Erlass der Regierung über die Wahlverrichtungen im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, Artikel L4112-9, L4112-17, L4123-1, L4124-1, L4125-5, L4132-1, L4133-2, L4135-1, L4135-3, L4135-4 und L4143-3;

Aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet, Artikel 3;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 20. Februar 2018;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 23. Februar 2018;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 63.149/4 des Staatsrates, das am 17. April 2018 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für lokale Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — *Die Wahlkollegien*

Abschnitt 1 — Einberufung der Wahlkollegien im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen

Artikel 1 - Die Wahllokale sind von 8 bis 15 Uhr geöffnet.

Die Wähler, die zum Zeitpunkt der Schließung der Wahllokale noch immer in der Warteschlange stehen, werden noch zur Wahl zugelassen.

Abschnitt 2 — *Muster der Wahlaufforderung für die Wähler*

Art. 2 - Die Wahlaufforderungen für belgische Wähler für die verschiedenen Wahlen werden auf weißem Papier gedruckt.

Ausländische Wähler - ob Angehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder nicht -, die im Wählerregister eingetragen sind, erhalten eine Wahlaufforderung in blauer Farbe.

Art. 3 - Die Wahlaufforderungen für die belgischen Wähler werden gemäß dem beiliegenden Muster 1 erstellt.

Art. 4 - § 1 - Für ausländische Wähler - ob Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder nicht - werden die Wahlaufforderungen für die Gemeinderatswahlen gemäß dem beiliegenden Muster 2 erstellt.

§ 2 - Die Wahlaufforderungen der Wähler, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union sind, tragen den Buchstaben "C".

Die Wahlaufforderungen der Wähler, die keine Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union sind, tragen den Buchstaben "E".

Abschnitt 3 — *Wahl mittels Vollmacht*

Art. 5 - § 1 - Das Vollmachtsformular, das bei den Gemeinde- und Provinzialratswahlen zu verwenden ist, entspricht dem beiliegenden Muster 3.

§ 2 - Die Bescheinigung, die der Bürgermeister den Wählern ausstellt, die gemäß Artikel L4132-1 § 1 Nummer 7 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung ermächtigt sind, aufgrund eines vorübergehenden Auslandsaufenthaltes, der nicht aus beruflichen beziehungsweise dienstlichen Gründen gerechtfertigt ist, mittels Vollmacht zu wählen, entspricht dem beiliegenden Muster 4.

Diese Bescheinigung wird bei Fehlen einer Bescheinigung des Reiseveranstalters ausgehändigt.

Abschnitt 4 — *Hilfeleistung bei der Wahl*

Art. 6 - Die in Artikel L4133-2 § 3 desselben Kodex erwähnte Erklärung bezüglich der Hilfeleistung bei der Wahl wird auf einem Formular ausgestellt, das dem beiliegenden Muster 5 entspricht. Dieses Formular wird von der Gemeindeverwaltung kostenlos ausgestellt.

In der Erklärung werden angegeben: die Wahlen, für die sie gültig ist, sowie Name, Vornamen, Geburtsdaten und Anschriften des Wählers und des Begleiters sowie die Identifizierungsnummer des Wählers im Nationalregister der natürlichen Personen.

Das Formular wird vom Wähler und vom Begleiter unterzeichnet.

KAPITEL 2 — *Ausstellung des Wählerregisters*

Art. 7 - § 1 - In Übereinstimmung mit Artikel L4122-5 § 1 desselben Kodex haben die von einer politischen Partei bevollmächtigten Personen das Recht, sich Ausfertigungen oder Abschriften des Wählerregisters auf Papier und auf maschinenlesbaren Datenträgern vorlegen zu lassen, sobald dieses ausgestellt ist, sofern sie sich schriftlich und auf einer gemeinsamen Urkunde dazu verpflichten, für die Wahlen in der Gemeinde eine Kandidatenliste einzureichen, und die demokratischen Grundsätze einzuhalten, die insbesondere in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des Zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes oder jeder anderen Form des Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten zu beachten.

Dieser Antrag wird per an den Bürgermeister gerichtetes Einschreiben gestellt.

Der Antrag wird gemäß dem beiliegenden Muster 6 aufgestellt.

§ 2 - In Übereinstimmung mit Artikel L4122-5 § 3 desselben Kodex hat jeder Kandidat das Recht, sich gegen Zahlung des Selbstkostenpreises Ausfertigungen oder Abschriften des Wählerregisters auf Papier und auf maschinenlesbaren Datenträgern vorlegen zu lassen, sobald er seine Kandidatur hinterlegt hat, sofern er sich dazu verpflichtet, für die Wahlen in der Gemeinde eine Kandidatenliste einzureichen, und die demokratischen Grundsätze einzuhalten, die insbesondere in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des Zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes oder jeder anderen Form des Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten zu beachten.

Dieser Antrag wird per an den Bürgermeister gerichtetes Einschreiben eingereicht.

Der Antrag wird gemäß dem beiliegenden Muster 7 aufgestellt.

Art. 8 - Für die Ausstellung der Ausfertigungen des Wählerregisters gemäß Artikel L4122-5 § 1 desselben Kodex ist das Gemeindekollegium verpflichtet, ein Dateiformat zu benutzen, dessen Struktur es ermöglicht, die enthaltenen Daten direkt in eine Anwendung zu importieren, anhand deren sie auf mehrfache Weise verarbeitet werden können, und insbesondere die Ausstellung von Wählerlisten mit bestimmten Auswahlkriterien ermöglichen.

KAPITEL 3 — Angaben

Art. 9 - § 1 - In seiner Vorschlagsurkunde erwähnt der Kandidat nach seiner vollständigen Identität den Namen unter dem er auf dem in Artikel L4142-37 § 2 desselben Kodex vorgesehenen Plakat und auf den Bildschirmen der Wahlcomputer eingetragen werden möchte. Der Kreisvorstand wird diese Angaben benutzen, um diejenigen Angaben festzulegen, die auf den Bildschirmen der Wahlcomputer vermerkt werden.

§ 2 - Es darf nur ein Vorname angegeben werden, wobei zusammengesetzte Vornamen als ein Vorname gelten.

Der gewählte Vorname muss unter den in der Geburtsurkunde angegebenen Vornamen erscheinen.

§ 3 - Der Kreisvorstand kann einem Kandidaten erlauben, auf dem Plakat und den Bildschirmen der Wahlcomputer einen anderen Vornamen zu benutzen, sofern durch die Benutzung dieses anderen Vornamens keine Verwechslung mit einem anderen Kandidaten oder einer auf Ebene des Kreises bekannten Person entsteht und die folgenden Regeln beachtet werden:

1. der Vorname, unter dem der Kandidat tatsächlich bekannt ist, ist nicht sein erster Vorname sondern ein anderer, der auf seiner Geburtsurkunde erwähnt ist: In diesem Fall erwähnt er den vollständigen Vornamen auf seiner Vorschlagsurkunde und gibt seinen Wunsch an, den gewählten Vornamen auf den Bildschirmen der Wahlcomputer anzeigen zu lassen;

2. der Kandidat ist unter der Abkürzung eines seiner auf der Geburtsurkunde erwähnten Vornamen bekannt; beispielsweise Danny für Daniel: Nummer 1 wird entsprechend angewandt;

3. der Vorname, den er auf den Bildschirmen der Wahlcomputer angezeigt sehen möchte, gehört nicht zu den auf der Geburtsurkunde aufgeführten Vornamen: Der Kreisvorstand lässt diesen Vornamen zu auf der Grundlage einer vom Friedensrichter, einem Notar oder einem Bürgermeister ausgestellten Offenkundigkeitsurkunde; der Geburtsvorname des Kandidaten wird auf den Bildschirmen der Wahlcomputer vom gebräuchlichen Vornamen gefolgt.

§ 4 - Der Name des Ehepartners oder des verstorbenen Ehepartners kann vor oder nach der Identität der/des verheirateten oder verwitweten Kandidaten/in stehen.

KAPITEL 4 — Wahlkosten

Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

Art. 10 - § 1 - Die Provinz Lüttich schließt die Verträge ab, die für die Zahlung der in Artikel 13 des Zusammenarbeitsabkommens vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet erwähnten Wahlkosten notwendig sind, und sorgt für die Zahlung der Schuldforderungen. Danach tätigt sie die entsprechenden Beitreibungen bei den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets auf Grundlage der jeweiligen Zahl der eingetragenen Wähler.

Die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets sind jedoch von der Verteilung ausgenommen, was die Beitreibung der Kosten angeht, die durch die Zahlung der Anwesenheitsgelder an die Mitglieder der kommunalen und provinziellen Zählbürovorstände entstehen, da die Bildung dieser Vorstände der Stimmabgabe mittels Papierstimmzetteln eigen ist.

§ 2 - Die Anwesenheitsgelder werden auf der Grundlage der Liste der anwesenden Mitglieder des Wahlvorstands ausgezahlt, die der Vorsitzende des betroffenen Wahlvorstands zustellt. Diese Liste wird gemäß dem beiliegenden Muster 8 aufgestellt.

§ 3 - Für die Zahlung der Anwesenheitsgelder an die Mitglieder der Wahlvorstände der Provinz schließt die Provinz Lüttich gemäß den Vorgaben der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Vertrag zur Ausführung der Zahlung der Anwesenheitsgelder per Überweisung auf die Finanzkonten der Mitglieder der Wahlvorstände ab.

§ 4 - Mitglieder von Wahlvorständen, die Anspruch auf eine Fahrtkostenentschädigung haben, übermitteln ihre Forderungsanmeldung der Provinz. Diese Forderungsanmeldung wird in Übereinstimmung mit dem beiliegenden Muster 9 aufgestellt und gibt die Anschrift der Provinz an.

§ 5 - Die in Artikel 11 erwähnten Wähler, die die Erstattung ihrer Fahrtkosten beantragen, erstellen ihre Forderungsanmeldung mittels des beiliegenden Musters 10 und geben die Anschrift der Provinz an.

Auf der Grundlage einer zwischen der Provinz Lüttich und der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen abgeschlossenen Vereinbarung fakturiert letztere der Provinz die Kosten für die Fahrten der betreffenden Wähler, die einen kostenlosen Fahrausweis erhalten haben. Auf ihren Rechnungen erwähnt sie den NGBE-Code der Provinz, der auf den Wahlaufforderungen steht.

§ 6 - Die Provinz Lüttich schließt bei einer Versicherungsgesellschaft eine Versicherung zur Deckung der Schäden ab, die durch Unfälle entstehen, die Mitgliedern der Wahlvorstände zustoßen, und zahlt die betreffenden Kosten.

§ 7 - Die Wahlkosten, die sich aus den für die Wahlverrichtungen erforderlichen Arbeiten und Dienstleistungen ergeben, werden unter Beachtung der Vorschriften über öffentliche Aufträge getragen.

Abschnitt 2 — Erstattung der Fahrtkosten bestimmter Wähler

Art. 11 - § 1 — Die in Artikel L4135-4 desselben Kodex erwähnten Wähler können sich binnen drei Monaten nach der Wahl an den Generaldirektor der Provinz Lüttich richten, um die Rückerstattung ihrer Fahrtkosten zu erhalten.

Der Antrag wird auf einem Formular erstellt, der dem beiliegenden Muster 10 entspricht, und dem folgende Dokumente beigefügt werden:

1. die vom Wahlbürovorstand abgestempelte Wahlaufforderung;
2. eine Bescheinigung über die Eintragung in den Bevölkerungsregistern, wenn es sich um Wähler handelt, die nicht mehr in der Gemeinde wohnen, in der sie wählen müssen;
3. eines der folgenden Dokumente:
 - a) eine Bescheinigung des Arbeitgebers, aus der ersichtlich ist, dass sie von ihm bezahlt werden, wenn es sich um Wähler handelt, die Gehalts- oder Lohnempfänger sind und die entweder im Auftrag im Ausland sind oder ihren Beruf in einer anderen Gemeinde ausüben als der, in der sie wählen müssen;
 - b) eine Bescheinigung der Leitung der Unterrichtsanstalt, aus der ersichtlich ist, dass sie ordnungsgemäß eingetragen sind, wenn es sich um Wähler handelt, die sich aufgrund ihres Studiums in einer anderen Gemeinde aufhalten als der, in der sie wählen müssen;
 - c) eine Bescheinigung der Leitung des Aufnahmezentrums, der Pflegeanstalt oder der Gesundheitseinrichtung, aus der ersichtlich ist, dass sie dort aufgenommen oder in Behandlung sind, wenn es sich um Wähler handelt, die sich aus medizinischen oder gesundheitlichen Gründen in einer anderen Gemeinde aufhalten als der, in der sie wählen müssen;
4. ggf. der benutzte Fahrschein der öffentlichen Verkehrsmittel.

§ 2 - Die Kosten werden auf Grundlage des Tarifs für den Personentransport in 2. Klasse rückerstattet, so wie er am Tag der Wahl von der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen angewandt wird.

§ 3 - Wähler, die für ihre Reise die Linien der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen benutzen, können, anstatt die Erstattung ihrer Kosten zu beantragen, eine kostenlose Fahrkarte 2. Klasse erhalten, wenn sie am Abfahrtsbahnhof ihre Wahlaufforderung und ihren Personalausweis, sowie eins der in § 1 vorgesehenen Dokumente vorlegen.

Der ausgestellte Fahrschein ist vom Freitag vor dem Wahltag bis zum nächsten Sonntag gültig. Er kann für die Rückfahrt nur auf Vorlage der ordnungsgemäß vom Wahlbürovorstand abgestempelten Wahlaufforderung gebraucht werden.

Abschnitt 3 — Anwesenheitsgeld und Entschädigungen für die Mitglieder der Wahlvorstände

Art. 12 - § 1 - Der Grundbetrag des Anwesenheitsgelds, das die Mitglieder der Wahlvorstände für jede im selben Kodex vorgesehene Sitzung erhalten, beträgt 12,50 Euro.

§ 2 - Unter Berücksichtigung der Last und der Verantwortlichkeiten, die von den Vorsitzenden und Mitgliedern der Kreis- und Kantonsvorstände ausgeübt werden, wird der Betrag des Anwesenheitsgelds wie folgt angepasst:

- für die Vorsitzenden der Kreis- und Kantonsvorstände wird der Grundbetrag des Anwesenheitsgeldes mit sechs multipliziert;
- für die Mitglieder der Kreis- und Kantonsvorstände wird der Grundbetrag des Anwesenheitsgeldes mit vier multipliziert.

§ 3 - Der Grundbetrag der Anwesenheitsgelder für die Vorsitzenden, Mitglieder, Sekretäre und beigeordneten Sekretäre wird mit 1,5 multipliziert.

Art. 13 - § 1 - Die von den Mitgliedern der Wahlvorstände erhaltenen Anwesenheitsgelder dienen zur Erfüllung ihrer bürgerlichen Pflicht und decken die Gesamtheit der Versammlungen, die diese Vorstände in Übereinstimmung mit demselben Kodex abhalten müssen.

§ 2 - Für die Wahlvorstände handelt es sich um die Sitzung zur Aufnahme der Wähler, die gekommen sind, um ihre Stimme abzugeben.

§ 3 - Für die Kreisvorstände handelt es sich um die Sitzungen zur Entgegennahme der Wahlvorschläge, zur Prüfung der Zulässigkeit der Vorschläge, zum vorläufigen Abschluss der Kandidatenlisten, zum Empfang der Beschwerden gegen Kandidaturen und der Einsprüche gegen die Zurückweisung bestimmter Kandidatenlisten, zur Hinterlegung der Berichtigungsurkunden, zum endgültigen Abschluss der Kandidatenlisten, zur provinziellen und kommunalen Auslosung, zur Formulierung und Aufsicht über die Herstellung der Wahlbildschirme, zu Listengruppierungserklärungen, zur Verteilung der Sitze zwischen den Listen am Tag der Wahl, zur Bestimmung der Gewählten und Ersatzmitglieder und zur Listenverbindung.

§ 4 - Für die Kantonsvorstände handelt es sich um die Sitzungen zur Ausbildung der Vorsitzenden der Wahlvorstände und um die Sitzung zur Stimmenauszählung.

Art. 14 - § 1 - Neben den in Artikel 13 aufgelisteten Sitzungen, für die nur ein Anwesenheitsgeld beansprucht werden kann, können die Mitglieder der Kreisvorstände und Kantonsvorstände dazu gebracht werden, für den guten Ablauf der Wahlen notwendige Aufgaben zu erfüllen, die sich jedoch nicht auf eine Vorstandssitzung beziehen. Diese Aufgaben betreffen insbesondere die Sendung der durch denselben Kodex verlangten Schreiben, Aufstellungen und Tabellen einschließlich des Versands der Protokolle, das Verfahren zur Bestimmung der Vorstandsmitglieder, die Maßnahmen zur Untersuchung der Wählbarkeit der Kandidaten, die digitale Codierung der Listen und ihre Übermittlung, die Korrekturen anschließend an die Überprüfung von Doppelkandidaturen durch die Wallonische Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die Aktualisierung der Wahlbildschirme, die Mitteilung der offiziellen Kandidatenliste an die Kreisvorstände und an die Anmelder, die es beantragen, sowie die Übermittlung der Auszüge aus dem Auszählungsprotokoll der Wahl an die Gewählten.

Um diese Aufgaben durchzuführen, setzt das Gemeindegremium in Anwendung von Artikel L4145-5 § 4 desselben Kodex dem Vorsitzenden des Kreisvorstands, auf Antrag des Letzteren, das zur Erfüllung seiner Aufgabe notwendige Personal und Material zur Verfügung und legt den Betrag der entsprechenden Vergütungen fest.

§ 2 - In Übereinstimmung mit dem Königlichen Erlass vom 28. August 1963 über die Fortzahlung des normalen Lohns der Arbeiter, der Hausangestellten, der Angestellten und der auf Binnenschiffen angeheuerten Arbeitnehmer für Abwesenheitstage bei familiären Ereignissen oder zur Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten oder ziviler Aufträge haben die unter Arbeitsvertrag eingestellten Bediensteten das Recht, ihre Arbeit während der nötigen Zeit, die höchstens fünf Tage beträgt, zu verlassen, um ihre staatsbürgerlichen Pflichten auszuüben, wobei sie ihre normale Entlohnung weiter beziehen. Statutarische Bedienstete des föderalen, regionalen, gemeinschaftlichen, provinziellen und kommunalen öffentlichen Dienstes haben Anspruch auf ähnliche Bestimmungen auf der Grundlage ihres jeweiligen Statuts.

Nur die unter § 1 beschriebenen Aufgaben dürfen also Gegenstand einer Vergütung sein, sofern sie außerhalb der normalen Arbeitsstunden der Mitglieder der betroffenen Vorstände in der Ausübung ihres Berufs stattfinden.

§ 3 - Die Forderungsanmeldung betreffend die gemäß § 1 geleisteten Aufgaben wird an die Verwaltung der Provinz Lüttich gerichtet. Ihr werden die Aufstellung der geleisteten Stunden und ggf. Belege beigefügt. Diese Forderungsanmeldung wird gemäß dem beiliegenden Muster 11 aufgestellt.

§ 4 - Anträge auf Entschädigung gemäß § 2 für eine Aufgabe, die nicht ausdrücklich in der Liste gemäß § 1 des vorliegenden Artikels erwähnt wäre, müssen Gegenstand einer Bescheinigung aufgrund des beiliegenden Musters 12 sein, in der die Notwendigkeit dieser Aufgabe im Wahlverfahren und die Unmöglichkeit, sie während den normalen Arbeitsstunden zu verrichten, nachgewiesen werden.

Die Vergütung für diese Aufgaben erfolgt auf der Grundlage dieser Forderungsanmeldung.

Art. 15 - Die tatsächlichen Kosten, die die Kreis- und Kantonsvorstände im Rahmen ihrer Aufgabe gemacht haben, sind Gegenstand einer Rückzahlung auf Grundlage einer Forderungsanmeldung gemäß dem beiliegenden Muster 13, der die entsprechenden Belege beigefügt werden. Die Forderungsanmeldung wird der Verwaltung der Provinz Lüttich übermittelt. Diese Kosten betreffen die Vervielfältigung von Unterlagen, die Fax-Mitteilungen, die Telefonanrufe, die Büro- und Schreibwaren, den Transport von Zubehör und sonstige gleichartige Ausgaben.

Abschnitt 4 — Erstattung der Fahrtkosten der Mitglieder der Wahlvorstände

Art. 16 - § 1 - Die den Mitgliedern der Wahlvorstände gewährte Fahrtkostenentschädigung ist auf 0,15 Euro pro zurückgelegten Kilometer festgelegt.

§ 2 - Die gemäß dem beiliegenden Muster 9 erstellte Schuldforderung wird der Verwaltung der Provinz Lüttich binnen drei Monaten nach der Wahl übermittelt.

Abschnitt 5 — Deckung der Risiken infolge von Unfällen, die Mitgliedern der Wahlvorstände zustoßen können

Art. 17 - § 1 - Die Provinz Lüttich schließt bei einer Versicherungsgesellschaft eine Versicherung zur Deckung von körperlichen Schäden ab, die durch Unfälle entstehen, die Mitgliedern der Wahlvorstände bei den Wahlen sowohl in der Ausübung ihres Amtes als auch auf dem Weg von ihrem Wohnsitz zum Tagungsort ihres Vorstands und zurück zustoßen können.

§ 2 - Diese Versicherung deckt die körperlichen Schäden, die durch Unfälle entstehen, die Mitgliedern der Wahlvorstände in der Ausübung ihres Amtes oder auf dem Weg von ihrem Wohnsitz zum Tagungsort ihres Vorstands und zurück zustoßen.

§ 3 - Sie deckt ebenfalls die zivilrechtliche Haftung für Schäden, die Mitglieder der Wahlvorstände Drittpersonen durch eigenes Zutun oder Verschulden in der Ausübung ihres Amtes oder auf dem Weg von ihrem Wohnsitz zum Tagungsort ihres Vorstands und zurück zufügen.

Untereinander gelten die Versicherten als Drittpersonen.

§ 4 - Der Begriff "Weg vom Wohnsitz des Versicherten zum Tagungsort seines Vorstands und zurück" wird gemäß Artikel 8 des Gesetzes vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle bestimmt.

Art. 18 - § 1 - Unter "Versicherten" sind zu verstehen:

1. die Mitglieder der Zentralwahlvorstände der Bezirke, der Hauptwahlvorstände der Provinzen, der Distrikt-, Kantons- und Gemeindevorstände sowie der Wahlvorstände ausschließlich der Zeugen, aber einschließlich der Ersatzbeisitzer, die vom Vorsitzenden des Vorstands, für den sie bestimmt worden sind, ausdrücklich zum Erscheinen aufgefordert werden;

2. für die Deckung des in Artikel 17 § 2 beschriebenen Risikos die unter Nummer 1 erwähnten Personen sowie die Bediensteten der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die von der Wallonischen Regierung oder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt werden, um an der Organisation der Wahlen mitzuwirken.

§ 2 - Mitglieder der Wahlvorstände, die der durch das Gesetz vom 3. Juli 1967 über den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor eingeführten Regelung unterliegen, sind von der in § 1 erwähnten Deckung ausgeschlossen.

Decken eine beziehungsweise mehrere Versicherungen ganz oder teilweise die Risiken, die auch durch vorliegenden Artikel gedeckt werden, bildet die in § 2 erwähnte Versicherung nur eine Ergänzung, nach Erschöpfung dieser Versicherungen.

Art. 19 - § 1 - Die Versicherung läuft je nach Kategorie der zusammzusetzenden Wahlvorstände ab dem Datum, das durch denselben Kodex für die erste Tagung festgelegt ist.

Sie endet am Datum, an dem diese Vorstände all ihre Verrichtungen durchgeführt haben.

§ 2 - Die Prämie, die dem Versicherer in Anwendung des Versicherungsvertrags gezahlt wird, ist Gegenstand einer Erstattung, die sich auf die Hälfte der Differenz zwischen 85 Prozent des Prämienbetrags und dem Betrag der Ausgaben beläuft.

Unter Ausgaben sind die Beträge, die für Unglücksfälle gezahlt werden, und Rückstellungen für eventuell noch abzuwickelnde Unglücksfälle zu verstehen.

KAPITEL 5 — *Preis der Abschriften der Liste mit der Zusammensetzung der Wahlvorstände*

Art. 20 - § 1 - In Übereinstimmung mit Art. L4125-5 § 7 desselben Kodex übermittelt der Vorsitzende des Gemeindevorstands den Vorsitzenden der Wahlvorstände, dem Vorsitzenden des Distrikt- und Kantonsvorstands und dem Gemeindevorstand die Tabelle, die die Zusammensetzung des Gemeindevorstands sowie der Wahlbürovorstände angibt. Diese Tabelle wird nach den beiliegenden Mustern 14 und 15 erstellt.

Das Gemeindevorstand sorgt dafür, dass die Tabelle, die es erhalten hat, durch Anschlag von jedem eingesehen werden kann.

§ 2 - Die Aushändigung dieser Abschriften erfolgt gegen Zahlung:

1. von 1,50 Euro pro Exemplar in Gemeinden oder Wahlkantonen mit weniger als 25.000 eingetragenen Wählern;
2. von 2 Euro pro Exemplar in Gemeinden oder Wahlkantonen mit 25.000 eingetragenen Wählern oder mehr.

Falls die Anzahl der in der Gemeinde oder im Kanton eingetragenen Wähler bei Einreichung des Antrags nicht bekannt ist, dient die Anzahl der bei den letzten Wahlen eingetragenen Wähler als Bezugswert.

KAPITEL 6 — *Wahlkabine und Wahlmaterial*

Art. 21 - § 1 - In jedem Wahllokal werden die Wahlkabinen so eingerichtet und aufgestellt, dass jeder Wähler geschützt von den Blicken von anderen Personen seine Wahl ohne Einmischung noch Unterbrechung abgeben kann.

§ 2 - Die Wahlkabinen genügen folgenden Grundsätzen:

1. die Höhe der Wahlkabine muss zureichend sein, um zu verhindern, dass die sich in angrenzenden Wahlkabinen befindenden Wähler die Stimmabgabe ihres Nachbarn sehen können;
2. der Tisch muss ausreichend breit und tief sein, dass der Wahlcomputer dort aufgestellt werden kann.

§ 3 - Die Gestaltung der Wahlkabinen entspricht den folgenden Anforderungen:

1. eine ca. 210 cm hohe rückseitige Trennwand;
2. zwei seitliche Trennwände gleicher Höhe;
3. eine als Pult dienende verstellbare Platte;
4. eine Metallstange für einen Vorhang;
5. ein Vorhang.

Art. 22 - § 1 - Die angepasste Wahlkabine entspricht den folgenden Anforderungen:

1. die Oberkante der Platte muss auf einer Höhe von höchstens 80 cm angebracht sein, eine Breite von 100 cm und eine Tiefe von 60 cm besitzen;
2. der Raum unter der Platte muss frei bleiben, um ein gutes Positionieren der Personen, die sich mittels eines Rollstuhls fortbewegen, zu ermöglichen.

§ 2 - Die angepasste Wahlkabine muss im Erdgeschoss, in einem Wahllokal oder in dessen Nähe, aufgestellt werden, um einen bequemen Zugang der hilfsbedürftigen Wähler, die sie benutzen möchten, zu ermöglichen. Alle Niveauunterschiede im Erdgeschoss werden mit einer vorläufigen oder endgültigen Rampe ausgeglichen, um einen bequemen Verkehr und zugleich die Sicherheit der vorbeigehenden Personen zu gewährleisten.

§ 3 - Die Gemeindevorstände berufen die hilfsbedürftigen Wähler in denjenigen Gebäuden ihrer Gemeinde ein, die ihren Bedürfnissen am besten entsprechen.

KAPITEL 7 — *Schlussbestimmungen*

Art. 23 - Der für lokale Behörden zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 24. Mai 2018

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin
Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

Anhang zum Erlass der Regierung über die Wahlverrichtungen im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet

Muster 1. Wahlaufforderung für die Wahlen der Provinzial- und Gemeinderäte für belgische Wähler

NGBE-Kode: (1)

WÄHLEN IST PFLICHT	POSTLEITZAHL GEMEINDE / STADT	WAHLDISTRIKT	PROVINZ
-----------------------	----------------------------------	--------------	---------

WAHLEN VOM 14. OKTOBER 2018 ZUR ERNEUERUNG DES PROVINZIALRATES UND DES GEMEINDERATES

WAHLGESETZ

WAHLAUFFORDERUNG

Nr. im Wählerregister:

Wir bitten Sie, am Sonntag, dem 14. Oktober 2018 zwischen 8 und 15 Uhr mit dieser Wahlaufforderung und Ihrem Personalausweis, in dem nachstehend angegebenen Lokal, in dem sich Ihr Wahlbüro befindet, vorstellig zu werden, um die Wahl von Provinzialratsmitgliedern (3) und von Gemeinderatsmitgliedern (3) vorzunehmen.

NAME, VORNAME(N),
GESCHLECHT (2)

HAUPTWOHNORT

Lokal:	Wahlbüro Nr.:
Anschrift:	

Im Auftrag des Gemeindegremiums

Der Generaldirektor
(Name und Vorname(n))

Der Bürgermeister
(Name und Vorname(n))

N. B.

1. Ab dem fünfundsiebzigsten Tag nach den Gemeinde-, Provinzial- und Sektorenratswahlen wird ein Exemplar des Berichts des Präsidenten des Gerichts erster Instanz von Namur über die Ausgaben für die Wahlwerbung, die durch die politischen Parteien eingegangen worden sind, während fünfzehn Tagen bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz von Namur eingereicht. Dieser kann von allen Kandidaten und auf dem Wählerregister eingetragenen Wählern auf Vorlage ihrer Wahlaufforderung eingesehen werden.

2. Ab dem einunddreißigsten Tag nach den Wahlen können die Erklärungen in Bezug auf die Wahlausgaben der Kandidaten während fünfzehn Tagen von allen Wählern des betreffenden Wahlkreises auf Vorlage ihrer Wahlaufforderung bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz eingesehen werden.
Die Erklärungen in Bezug auf die Wahlausgaben werden bis zum hunderteinundzwanzigsten Tag nach dem Wahldatum bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz aufbewahrt.
Wenn innerhalb von hundertzwanzig Tagen nach dem Wahldatum eine Anzeige gemäß Artikel L4131-6 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erstattet bzw. eine Beschwerde gemäß Artikel L4146-25 des Kodex eingereicht wird, wird die Erklärung in Bezug auf die Wahlausgaben des durch die Anzeige belasteten Kandidaten je nach Fall dem Prokurator des Königs bzw. dem Kontrollausschuss auf seinen Antrag hin übermittelt. Wenn innerhalb der im vorangehenden Absatz erwähnten Frist keine Anzeige gemäß Artikel L4131-6 des Kodex erstattet bzw. keine Beschwerde gemäß Artikel L4146-25 des Kodex eingereicht wird, können die betreffenden Unterlagen von den Kandidaten abgeholt werden.
3. Die Wähler, die am Wahltag nicht mehr in der Gemeinde wohnhaft sind, in der sie als Wähler eingetragen sind, haben unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen Anrecht auf die Rückerstattung ihrer Fahrtkosten.

Auf der Rückseite der Wahlaufforderung sind anzugeben:

- die Anweisungen für den Wähler;
- der Wortlaut von Artikel L4132-1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (4)

(1) Hier den NGBE-Code mit allen Nummern angeben, damit dieser Gesellschaft die Fahrtkosten der oben unter Nr. 3 erwähnten Wähler erstattet werden können, die die Linien der NGBE benutzen, um sich in die Gemeinde zu begeben, in der sie als Wähler eingetragen sind:

Provinz Wallonisch-Brabant: NGBE-Kode: 098
 Nummer der Einrichtung: 099020
 Nummer des Berechtigungsscheins für eine NGBE-Fahrkarte: E000001

Provinz Hennegau: NGBE- Kode: 098
 Nummer der Einrichtung: 099121
 Nummer des Berechtigungsscheins für eine NGBE-Fahrkarte: E000001

Provinz Lüttich: NGBE- Kode: 098
 Nummer der Einrichtung: 099222
 Nummer des Berechtigungsscheins für eine NGBE-Fahrkarte: E000001

Provinz Luxemburg: NGBE- Kode: 098
 Nummer der Einrichtung: 099424
 Nummer des Berechtigungsscheins für eine NGBE-Fahrkarte: E000001

Provinz Namur: NGBE- Kode: 098
 Nummer der Einrichtung: 099525
 Nummer des Berechtigungsscheins für eine NGBE-Fahrkarte: E000001

(2) Dem Namen und Vornamen wird der Vermerk "Frau" oder "Herr" vorangestellt.

(3) Die Anzahl der zu wählenden Mitglieder dieses Rats angeben.

(4) So wie gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallo-nischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet anwendbar.

Muster 2. Wahlaufforderung für die Wahl der Gemeinderäte für europäische und nicht-europäische Wähler

NGBE-Kode: (1)

WÄHLEN IST PFLICHT	POSTLEITZAHL GEMEINDE / STADT	WAHLDISTRIKT	PROVINZ
-----------------------	----------------------------------	--------------	---------

WAHLEN VOM 14. OKTOBER 2018 ZUR ERNEUERUNG DES GEMEINDERATES

WAHLGESETZ

WAHLAUFFORDERUNG

Nr. im Wählerregister:

Wir bitten Sie, am Sonntag, dem 14. Oktober 2018 zwischen 8 und 15 Uhr mit dieser Wahlaufforderung und Ihrem Personalausweis, in dem nachstehend angegebenen Lokal, in dem sich Ihr Wahlbüro befindet, vorstellig zu werden, um die Wahl von Gemeinderatsmitgliedern (3) vorzunehmen.

NAME, VORNAME(N),
GESCHLECHT (2)

HAUPTWOHNORT

Lokal: Anschrift:	Wahlbüro Nr.:
----------------------------------	---------------------

Im Auftrag des Gemeindegremiums

Der Generaldirektor
(Name und Vorname(n))

Der Bürgermeister
(Name und Vorname(n))

N. B.

1. Ab dem fünfundsiebzigsten Tag nach den Gemeinde-, Provinzial- und Sektorenratswahlen wird ein Exemplar des Berichts des Präsidenten des Gerichts erster Instanz von Namur über die Ausgaben für die Wahlwerbung, die durch die politischen Parteien eingegangen worden sind, während fünfzehn Tagen bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz von Namur eingereicht. Dieser kann von allen Kandidaten und auf dem Wählerregister eingetragenen Wählern auf Vorlage ihrer Wahlaufforderung eingesehen werden.
2. Ab dem einunddreißigsten Tag nach den Wahlen können die Erklärungen in Bezug auf die Wahlausgaben der Kandidaten während fünfzehn Tagen von allen Wählern des betreffenden Wahlkreises auf Vorlage ihrer Wahlaufforderung bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz eingesehen werden.
Die Erklärungen in Bezug auf die Wahlausgaben werden bis zum hunderteinundzwanzigsten Tag nach dem Wahldatum bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz aufbewahrt.

Wenn innerhalb von hundertzwanzig Tagen nach dem Wahldatum eine Anzeige gemäß Artikel L4131-6 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erstattet bzw. eine Beschwerde gemäß Artikel L4146-25 des Kodex eingereicht wird, wird die Erklärung in Bezug auf die Wahlausgaben des durch die Anzeige belasteten Kandidaten je nach Fall dem Prokurator des Königs bzw. dem Kontrollausschuss auf seinen Antrag hin übermittelt. Wenn innerhalb der im vorangehenden Absatz erwähnten Frist keine Anzeige gemäß Artikel L4131-6 des Kodex erstattet bzw. keine Beschwerde gemäß Artikel L4146-25 des Kodex eingereicht wird, können die betreffenden Unterlagen von den Kandidaten abgeholt werden.

3. Die Wähler, die am Wahltag nicht mehr in der Gemeinde wohnhaft sind, in der sie als Wähler eingetragen sind, haben unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen Anrecht auf die Rückerstattung ihrer Fahrtkosten.

Auf der Rückseite der Wahlaufforderung sind anzugeben:

- die Anweisungen für den Wähler;
- der Wortlaut von Artikel L4132-1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (4)

(1) Hier den NGBE-Code mit allen Nummern angeben, damit dieser Gesellschaft die Fahrtkosten der oben unter Nr. 3 erwähnten Wähler erstattet werden können, die die Linien der NGBE benutzen, um sich in die Gemeinde zu begeben, in der sie als Wähler eingetragen sind:

Provinz Wallonisch-Brabant: NGBE-Kode: 098
Nummer der Einrichtung: 099020
Nummer des Berechtigungsscheins für eine NGBE-Fahrkarte: E000001

Provinz Hennegau: NGBE- Kode: 098
Nummer der Einrichtung: 099121
Nummer des Berechtigungsscheins für eine NGBE-Fahrkarte: E000001

Provinz Lüttich: NGBE- Kode: 098
Nummer der Einrichtung: 099222
Nummer des Berechtigungsscheins für eine NGBE-Fahrkarte: E000001

Provinz Luxemburg: NGBE- Kode: 098
Nummer der Einrichtung: 099424
Nummer des Berechtigungsscheins für eine NGBE-Fahrkarte: E000001

Provinz Namur: NGBE- Kode: 098
Nummer der Einrichtung: 099525
Nummer des Berechtigungsscheins für eine NGBE-Fahrkarte: E000001

(2) Dem Namen und Vornamen wird der Vermerk "Frau" oder "Herr" vorangestellt.

(3) Die Anzahl der zu wählenden Mitglieder dieses Rats angeben.

(4) So wie gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet anwendbar.

*Muster 3. Vollmachtsformular***Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018**

Ich Unterzeichnete(r), (Name und Vorname(n))

Geboren am

Wohnhaft in Straße Nummer Briefkasten

Nationalregisternummer:

Als Wähler(in) eingetragen in der Gemeinde

Bevollmächtigte hiermit (Name und Vorname(n))

Geboren am

Wohnhaft in Straße Nummer Briefkasten

In meinem Namen und für meine Rechnung bei den Wahlen vom 14. Oktober 2018 zu wählen und zwar aus folgendem Grund: (1)

- () Ich bin wegen Krankheit oder Behinderung oder wegen Krankheit oder Behinderung eines Verwandten oder Verschwägerten oder eines zusammenlebenden Partners nicht dazu fähig, mich ins Wahlbüro zu begeben, oder dorthin befördert zu werden. Ich füge ein ärztliches Attest bei.
- () Aus beruflichen beziehungsweise dienstlichen Gründen
 - a) muss ich im Ausland bleiben, desgleichen die Wähler, die meiner Familie oder meinem Gefolge angehören und mit mir zusammenwohnen;
 - b) kann ich unmöglich im Wahlzentrum vorstellig werden, obwohl ich mich am Wahltag im Königreich aufhalte. Ich füge eine Bescheinigung der Militär- oder Zivilbehörde oder des Arbeitgebers bei, der/dem ich unterstellt bin.
- () Ich bin Selbstständiger und die unter den Buchstaben a) und b) erwähnte Verhinderung bestätige ich durch eine vorher bei der Gemeindeverwaltung ausgeführte ehrenwörtliche Erklärung.
- () Ich übe den Beruf eines Binnenschiffers oder eines Wander- oder Jahrmarktsgewerbetreibenden aus (die Mitglieder meiner Familie, die mit mir zusammenwohnen, können ebenfalls eine Vollmacht erteilen). Ich füge eine Bescheinigung des Bürgermeisters der Gemeinde bei, in der ich im Bevölkerungsregister eingetragen bin.
- () Mir wurde am Wahltag aufgrund einer gerichtlichen Maßnahme die Freiheit entzogen. Diese Lage wird durch die Leitung der Anstalt, in der ich mich befinde, bescheinigt.
- () Aufgrund meiner religiösen Überzeugung ist es mir unmöglich, mich am Wahltag ins Wahlzentrum zu begeben. Ich füge eine Bescheinigung der Behörde der Glaubensgemeinschaft bei.
- () Ich bin Student und aus Studiengründen ist es mir unmöglich, mich am Wahltag ins Wahlzentrum zu begeben. Ich füge eine Bescheinigung der Leitung der Unterrichtsanstalt bei, die ich besuche.
- () Aus anderen als den oben angeführten Gründen werde ich mich aufgrund eines vorübergehenden Auslandsaufenthaltes am Wahltag nicht an meinem Wohnort befinden und daher nicht in der Lage sein, mich ins Wahlzentrum zu begeben. Ich füge ei-

ne Bescheinigung des Reiseveranstalters oder eine vom Bürgermeister meiner Gemeinde ausgestellte Bescheinigung bei.

Wenn der/die Bevollmächtigte Kandidat(in) ist, bescheinigt er/sie auf Ehrenwort: (2)

- () entweder dass er/sie für seinen/ihren Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnenden Partner, oder für einen Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Hauptwohnnort an seinem Wohnsitz festgelegt hat, als Bevollmächtigte(r) auftritt;
- () oder dass er/sie für einen Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Hauptwohnnort nicht an seinem Wohnsitz festgelegt hat, dessen Verwandtschaft jedoch bis zum dritten Grad nachgewiesen werden kann, als Bevollmächtigte(r) auftritt.

..... (Ort), den (Datum)

Der/die Vollmachtgeber(in),
(Unterschrift)

Der/die Bevollmächtigte,
(Unterschrift)

(3) Der/die Unterzeichnete, Bürgermeister(in) der Gemeinde, bescheinigt hiermit, dass beide, sowohl Vollmachtgeber(in) als Bevollmächtigte(r), im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen sind und dass (Name des/der Bevollmächtigten) der/die (Verwandtschafts- bzw. Verschwägerungsverhältnis) von (Name des Vollmachtgebers/der Vollmachtgeberin) ist.

Stempel der Gemeinde,

Der/die Bürgermeister(in)
(Unterschrift)

(4) Der/die Unterzeichnete, Bürgermeister(in) der Gemeinde, bescheinigt hiermit, dass (Name des/der Bevollmächtigten) im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen ist, und bestätigt, dass gemäß der ihm/ihr vorgelegten Offenkundigkeitsurkunde der/die Vorerwähnte der/die (Verwandtschafts- bzw. Verschwägerungsverhältnis) von (Name des Vollmachtgebers/der Vollmachtgeberin) ist.

Stempel der Gemeinde,

Der/die Bürgermeister(in)
(Unterschrift)

- (1) Das (die) betreffende(n) Feld(er) bitte ankreuzen.
- (2) Das (die) betreffende(n) Feld(er) bitte ankreuzen.
- (3) Diese Rubrik ist vom Bürgermeister der Gemeinde auszufüllen, in der sowohl Vollmachtgeber(in) als auch Bevollmächtigte(r) im Bevölkerungsregister eingetragen sind.
- (4) Diese Rubrik ist vom Bürgermeister der Gemeinde auszufüllen, in deren Bevölkerungsregister der/die Bevollmächtigte eingetragen ist, wenn der/die Vollmachtgeber(in) in einer anderen Gemeinde wohnhaft ist.

Anmerkung: Keine der Rubriken (3) und (4) ist auszufüllen, wenn der/die Vollmachtgeber(in) sich aus religiösen Gründen nicht ins Wahlbüro begeben und eine Bescheinigung der betreffenden Behörde der Glaubensgemeinschaft vorlegen kann.

Auszug aus dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (1)

Art. L4132-1 - §1 - Folgende Wähler können einen anderen Wähler bevollmächtigen, um in ihrem Namen und für ihre Rechnung zu wählen :

1° Wähler, die wegen Krankheit oder Behinderung oder wegen Krankheit oder Behinderung eines Verwandten oder Verschwägerten oder eines zusammenlebenden Partners nicht fähig sind, sich in das Wahlzentrum zu begeben, oder nicht dorthin gebracht werden können. Diese Unfähigkeit wird durch ein ärztliches Attest bescheinigt. Ärzte, die als Kandidat für die Wahl vorgeschlagen wurden, dürfen kein solches Attest ausstellen;

2° Ein Wähler, der aus beruflichen beziehungsweise dienstlichen Gründen :

a. im Ausland bleiben muss, desgleichen die Wähler, die seiner Familie oder seinem Gefolge angehören und mit ihm zusammenwohnen;

b. unmöglich im Wahlzentrum vorstellig werden kann, obwohl er sich am Wahltag im Königreich aufhält.

Die unter den Buchstaben a. und b. erwähnte Verhinderung wird durch eine Bescheinigung der Militär- oder Zivilbehörden oder des Arbeitgebers, denen der Betreffende unterstellt ist, bestätigt,

Wenn der Betroffene ein Selbstständiger ist, wird die unter den Buchstaben a. und b. erwähnte Verhinderung durch eine vorher bei der Gemeindeverwaltung ausgeführte ehrenwörtliche Erklärung bestätigt.

3° Wähler, die den Beruf eines Binnenschiffers oder eines Wander- oder Jahrmarktsgewerbepreibenden ausüben, und Familienmitglieder, die mit ihnen zusammenwohnen.

Die Ausübung dieses Berufs wird durch eine Bescheinigung des Bürgermeisters der Gemeinde, in der der Betreffende im Bevölkerungsregister eingetragen ist, bestätigt.

4° Wähler, denen am Wahltag aufgrund einer gerichtlichen Maßnahme die Freiheit entzogen ist.

Dieser Umstand wird durch die Leitung der Anstalt, in der der Betreffende sich aufhält, bescheinigt;

5° Wähler, denen es aufgrund ihrer religiösen Überzeugung unmöglich ist, sich am Wahltag ins Wahlzentrum zu begeben.

Diese Verhinderung ist durch eine Bescheinigung der Behörde der Glaubensgemeinschaft zu rechtfertigen.

6° Studenten, die sich aus Studiengründen unmöglich ins Wahlzentrum begeben können, vorausgesetzt, sie legen eine Bescheinigung der Leitung der Unterrichtsanstalt vor, die sie besuchen,

7° Wähler, die sich aus anderen als den oben angeführten Gründen aufgrund eines vorübergehenden Auslandsaufenthaltes am Wahltag nicht an ihrem Wohnort befinden und daher nicht in der Lage sind, sich in das Wahlbüro zu begeben.

Der Auslandsaufenthalt aus diesem Grund kann durch eine Bescheinigung des Reiseveranstalters bescheinigt werden. Dieses Dokument gibt den Namen des Wählers an, der einen anderen Wähler bevollmächtigen möchte, um in seinem Namen zu wählen.

Wenn es dem Wähler nicht möglich ist, ein solches Dokument zu erhalten, kann die Tatsache, dass er nicht in der Lage ist, sich am Wahltag in das Wahllokal zu begeben, durch eine Bescheinigung des Bürgermeisters der Gemeinde seines Wohnsitzes, die auf Vorlage anderer Beweisstücke oder einer schriftlichen ehrenwörtlichen Erklärung ausgestellt wird, bescheinigt werden. Die Regierung legt das Muster der durch den Bürgermeister auszustellenden Bescheinigung fest.

Der Antrag muss spätestens am Tag vor dem Wahltag beim Bürgermeister der Gemeinde des Wohnsitzes eingereicht werden.

§2 - Jeder Wähler kann als Bevollmächtigter benannt werden.

Ein Kandidat kann nur dann als Bevollmächtigter seines Ehepartners oder seines gesetzlich zusammenwohnenden Partners, oder eines Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Hauptwohntort an seinem Wohnsitz festgelegt hat, benannt werden, wenn er selbst Wähler ist.

Ein Kandidat kann ebenfalls nur dann als Bevollmächtigter eines Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Hauptwohntort nicht an seinem Wohnsitz festgelegt hat, benannt werden, wenn die Verwandtschaft bis zum 3. Grad nachgewiesen werden kann.

Falls Vollmachtgeber und Bevollmächtigter beide im Bevölkerungsregister derselben Gemeinde eingetragen sind, bescheinigt der Bürgermeister dieser Gemeinde das Verwandtschaftsverhältnis auf dem Vollmachtsformular.

Sind beide nicht in derselben Gemeinde eingetragen, bescheinigt der Bürgermeister der Gemeinde, in der der Bevollmächtigte eingetragen ist, das Verwandtschaftsverhältnis auf Vorlage einer Offenkundigkeitsurkunde. Die Offenkundigkeitsurkunde wird dem Vollmachtsformular beigelegt.

Jeder Bevollmächtigte darf nur über eine Vollmacht verfügen.

In Abweichung von den vorangehenden Absätzen wird der Bevollmächtigte frei vom Vollmachtgeber bestimmt, wenn es sich um einen Wähler handelt, dem es aufgrund seiner religiösen Überzeugung unmöglich ist, sich in das Wahlzentrum zu begeben.

§3 - Die Vollmacht wird auf einem Formular ausgestellt, dessen Muster von der Regierung festgelegt wird und das kostenlos beim Gemeindesekretariat erhältlich ist.

In der Vollmacht werden angegeben : die Wahlen, für die sie gültig ist, Name, Vornamen, Geburtsdaten und Anschriften des Vollmachtgebers und des Bevollmächtigten sowie die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen des Vollmachtgebers.

Das Vollmachtsformular wird vom Vollmachtgeber und vom Bevollmächtigten unterzeichnet.

§4 - Der Bevollmächtigte, der dem Vorstandsvorsitzenden des Wahlbüros, in dem der Vollmachtgeber hätte wählen müssen, die Vollmacht und eine der in Paragraph 1 erwähnten Bescheinigungen aushändigt und ihm seinen Personalausweis und seine Wahlaufforderung vorzeigt, auf der der Vorsitzende dann den Vermerk "Hat mittels Vollmacht gewählt" einträgt, kann zur Stimmabgabe zugelassen zu werden.

Art. L4143-20 - §6 - Um zur Stimmabgabe zugelassen zu werden, übergibt der Bevollmächtigte dem Vorstandsvorsitzenden des Wahlbüros, wo der Vollmachtgeber hätte wählen müssen, die Vollmacht und eine der in Art. L4132-1, §1 erwähnten Bescheinigungen und zeigt ihm seinen Personalausweis und seine Wahlaufforderung vor; darauf vermerkt der Vorsitzende: "Hat mittels Vollmacht gewählt".

Die Vollmachten werden der in Artikel L4143-25, Absatz 1, 2° des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erwähnten Aufstellung beigelegt.

(1) So wie gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallo-nischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet anwendbar.

Muster 4. Bescheinigung des Bürgermeisters - Vollmacht bei einem Auslandsaufenthalt aus Gründen, die keine beruflichen Gründe sind

Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018

Gemeinde:

Der/die Unterzeichnete, (Name und Vorname(n)), Bürgermeister der Gemeinde, bescheinigt hiermit nach Kenntnisnahme der vorgelegten Belege, dass (Name und Vorname(n)), wohnhaft in Straße Nummer Briefkasten, mit der Nationalregisternummer, und als Wähler(in) unter Nummer eingetragen, aufgrund eines vorübergehenden Aufenthaltes im Ausland, und zwar in (Name des Landes), der nicht durch berufliche oder dienstliche Gründe bedingt ist, nicht in der Lage ist, am Wahltag im Wahlbüro vorstellig zu werden.

Da der/die Betreffende seinen/ihren Antrag fristgerecht vor dem 14. Oktober 2018 eingereicht hat, erfüllt er/sie die in Artikel L4132-1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (1) festgelegten Bedingungen, um einen anderen Wähler zu bevollmächtigen, in seinem/i ihrem Namen und für seine/i ihre Rechnung zu wählen.

..... (Ort), den (Datum)

Stempel der Gemeinde,

Der/die Bürgermeister(in)
(Unterschrift)

(1) So wie gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallo-nischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet anwendbar.

Auszug aus dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (1)

Art. L4132-1 - §1 - Folgende Wähler können einen anderen Wähler bevollmächtigen, um in ihrem Namen und für ihre Rechnung zu wählen:

(...) 7° Wähler, die sich aus anderen als den oben angeführten Gründen aufgrund eines vorübergehenden Auslandsaufenthaltes am Wahltag nicht an ihrem Wohnort befinden und daher nicht in der Lage sind, sich in das Wahlbüro zu begeben.

Der Auslandsaufenthalt aus einem derartigen Grund kann durch eine Bescheinigung des Reiseveranstalters bescheinigt werden.

Dieses Dokument gibt den Namen des Wählers an, der einen anderen Wähler bevollmächtigen möchte, um in seinem Namen zu wählen.

Wenn es dem Wähler nicht möglich ist, ein solches Dokument zu erhalten, kann die Tatsache, dass er nicht in der Lage ist, sich am Wahltag in das Wahllokal zu begeben, durch eine Bescheinigung des Bürgermeisters der Gemeinde seines Wohnsitzes, die auf Vorlage anderer Beweisstücke oder einer schriftlichen ehrenwörtlichen Erklärung ausgestellt wird, bescheinigt werden.

Die Regierung legt das Muster der durch den Bürgermeister auszustellenden Bescheinigung fest.

Der Antrag muss spätestens am Tag vor dem Wahltag beim Bürgermeister der Gemeinde des Wohnsitzes eingereicht werden.

(1) So wie gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallo-nischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet anwendbar.

*Muster 5. Antrag auf Begleitung***Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018**

Der/die Unterzeichnete, (Name und Vorname(n))
 Geboren am
 Wohnhaft in Straße Nummer Brief-
 kasten
 Nationalregisternummer:
 Als Wähler(in) eingetragen in der Gemeinde
 Erklärt hiermit, von der ihm/ihr gebotenen Möglichkeit, sich im Hinblick auf die Wahlen
 vom 14. Oktober 2018 begleiten zu lassen, Gebrauch machen zu wollen.

Der/die Begleiter(in) ist (Name und Vorname(n))
 Geboren am
 Wohnhaft in Straße Nummer Brief-
 kasten
 Nationalregisternummer:
 Als Wähler(in) eingetragen in der Gemeinde

Wenn der/die Begleiter(in) Kandidat(in) ist, bescheinigt er/sie auf Ehrenwort: (1)

- () entweder dass er/sie bei seinem/ihren Ehepartner oder gesetzlich zusammenwoh-
 nenden Partner, oder bei einem Verwandten oder Verschwägerten, der seinen
 Hauptwohntort an seinem Wohnsitz festgelegt hat, als Begleiter(in) auftritt.
 () oder dass er/sie bei einem Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Haupt-
 wohntort nicht an seinem Wohnsitz festgelegt hat, dessen Verwandtschaftsverhält-
 nis jedoch bis zum dritten Grad nachgewiesen werden kann, als Begleiter(in) auftritt.

..... (Ort), den (Datum)

Der/die Wähler(in),
 (Unterschrift)

Der/die Begleiter(in),
 (Unterschrift)

(1) Das (die) betreffende(n) Feld(er) bitte ankreuzen.

Auszug aus dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (1)

Art. L4133-2 - §1 - Der Wähler, der es für notwendig erachtet, sich bis in die Wahlkabine
 begleiten zu lassen, um sein Wahlrecht auszuüben, kann spätestens am Tag vor dem
 Wahltag eine diesbezügliche Erklärung beim Bürgermeister seines Wohnsitzes einreichen.

Folgende Personen rechtfertigen eine Begleitung :

- 1° diejenigen, die Schwierigkeiten im Bereich der Geistesfunktionen oder des Lernens
 aufweisen;
- 2° diejenigen, die Schwierigkeiten im Bereich der Körperfunktionen aufweisen;
- 3° diejenigen, die Schwierigkeiten im Bereich der Sinnesfunktionen aufweisen;
- 4° diejenigen, die seelischen Schwierigkeiten aufweisen;

5° diejenigen, die Schwierigkeiten infolge einer chronischen oder degenerativen Krankheit aufweisen;

6° die Personen, deren Muttersprache nicht eine der in Artikel 4 der Verfassung vorgesehenen Sprachen ist, wenn dies zu Leseschwierigkeiten führt.

§2 - Der betroffene Wähler wählt seinen Begleiter; dieser muss jedoch selbst Wähler sein. Kein Begleiter darf mehr als einem Wähler beistehen.

Ein Kandidat kann als Begleiter seines Ehepartners oder seines gesetzlich zusammenwohnenden Partners, oder eines Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Hauptwohntort an seinem Wohnsitz festgelegt hat, auftreten, wenn er selbst Wähler ist.

Ein Kandidat kann ebenfalls als Begleiter eines Verwandten oder Verschwägerten, der seinen Hauptwohntort nicht an seinem Wohnsitz festgelegt hat, bezeichnet werden, wenn die Verwandtschaft bis zum 3. Grad nachgewiesen werden kann.

§3 - Die Erklärung wird auf einem Formular ausgestellt, dessen Muster von der Regierung festgelegt wird und das kostenlos beim Gemeindesekretariat erhältlich ist.

In der Erklärung werden angegeben: die Wahlen, für die sie gültig ist, sowie Name, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift des Wählers und des Begleiters sowie die Identifikationsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen des Wählers.

Das Formular wird vom Wähler und vom Begleiter unterzeichnet. Der Wähler zeigt dem Vorsitzenden des Wahlvorstands dieses Formular zusammen mit seiner Wahlaufforderung. Der Vorsitzende des Wahlvorstands vermerkt auf der Wahlaufforderung des Begleiters "Hat die Rolle als Begleiter wahrgenommen".

§4 - Der Vorsitzende des Wahlvorstands verweist den Begleiter, der die Vorschriften von vorstehenden Absätzen verletzt.

(1) So wie gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallo-nischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet anwendbar.

Muster 6. Antrag auf Ausstellung von Ausfertigungen oder Abschriften des Wählerregisters an eine politische Partei

Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018

Provinz: Wahlkreis:
 Wahlkreis: Gemeinde:

Wir Unterzeichnete, (Name(n) und Vorname(n)), Wähler der Gemeinde oder des Wahlkreises und von der Partei (Bezeichnung der Partei) bevollmächtigt, verpflichten uns, eine Kandidatenliste für die Gemeinderatswahlen und/oder Provinzialratswahlen (1) vom 14. Oktober 2018 im Wahlkreis (2) vorzuschlagen, und die demokratischen Grundsätze einzuhalten, die insbesondere in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30 Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes oder jeder anderen Form des Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten zu beachten.

Wir beantragen somit die Ausstellung von (Anzahl) Ausfertigung(en) oder Abschrift(en) des kommunalen und/oder provinziellen (3) Wählerregisters Ihrer Gemeinde.

Wir möchten diese Ausfertigungen oder Abschriften auf Papier / im EDV-Format (4) erhalten, und erklären, dass (Name und Vorname(n)) dazu ermächtigt ist, diese Abschriften in unserem Namen zu erhalten.

Wir erklären, von den im Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung vorgesehenen und auf der Rückseite des vorliegenden Dokumentes wiedergegebenen Verboten Kenntnis genommen zu haben, und verpflichten uns dazu, sie zu beachten.

..... (Ort), den (Datum)
 (Unterschrift(en))

- (1) Unzutreffendes bitte streichen.
- (2) Für die Gemeinderatswahlen den Namen der Gemeinde und für die Provinzialratswahlen den Namen des Wahlkreises bitte angeben.
- (3) Unzutreffendes bitte streichen.
- (4) Unzutreffendes bitte streichen.

Auszüge aus dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (1)

Art. L4122-5 - §1 - Sobald das im vorliegenden Artikel erwähnte Register erstellt worden ist, ist das Gemeinderatskollegium oder der von ihm bezeichnete Beamte verpflichtet, den von einer politischen Partei bevollmächtigten Personen Ausfertigungen oder Abschriften des Wählerregisters vorzulegen, sofern sie sich schriftlich und in einem gemeinsamen Dokument dazu verpflichten, in der Gemeinde eine Kandidatenliste für die Wahl einzureichen und die demokratischen Grundsätze einzuhalten, die insbesondere in der Konvention zum

Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes oder jeder anderen Form des Völkermordes erwähnt werden sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten zu beachten.

Die Anträge müssen per Einschreibebrief an den Bürgermeister gerichtet werden.

Die Exemplare werden auf Papier und auf maschinenlesbaren Datenträgern, deren Format durch die Regierung festgelegt wird, ausgestellt.

§2 - Jede in §1 erwähnte politische Partei kann, sofern sie in der Gemeinde eine Kandidatenliste einreicht, zwei Exemplare oder Abschriften dieses Registers kostenlos erhalten und zwar je nach Wunsch auf Papier oder auf einem in §1 erwähnten Datenträger.

Die Ausstellung von zusätzlichen Exemplaren oder Abschriften erfolgt gegen Zahlung des durch das Gemeindegremium zu bestimmten Selbstkostenpreises.

Wenn die politische Partei keine Kandidatenliste einreicht, darf sie unter Androhung der in Artikel L4122-34 des vorliegenden Kodex festgelegten strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen, selbst nicht zu Wahlzwecken.

(...)

§6 - Das Gemeindegremium darf Personen, die nicht die Personen sind, die gemäß §1, §3 und §4 einen Antrag eingereicht haben, unter der Androhung der Artikel L4122-34 vorgesehenen Strafen keine Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters aushändigen. Die Personen, die diese Exemplare oder Abschriften erhalten haben, dürfen sie ihrerseits Drittpersonen nicht mitteilen.

Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters dürfen nur zur Wahlzwecken verwendet werden, und zwar auch außerhalb des Zeitraums zwischen dem Datum der Aushändigung des Registers und dem Datum der Wahl unter Androhung der in Artikel L4122-34 des vorliegenden Kodex festgelegten strafrechtlichen Sanktionen.

Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare oder Kopien des Wählerregisters dürfen ihre Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen nicht anführen.

Art. L4122-34 - §1 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe von fünfzig bis zu zwanzigtausend Euro oder mit nur einer dieser Strafen wird belegt, wer als Täter, Mittäter oder Komplize entgegen Artikel L4122-5, §6 entweder Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters Personen ausgehändigt hat, die sie zu erhalten nicht ermächtigt sind, oder diese Exemplare Drittpersonen mitgeteilt hat, nachdem er sie ordnungsgemäß erhalten hat, oder die Angaben aus dem Wählerregister zu Zwecken gebraucht hat, die keine Wahlzwecke sind.

§2 - Strafen, die gegen Komplizen der im Absatz 1 erwähnten Straftaten verhängt werden, dürfen nicht mehr als zwei Drittel des Strafmaßes betragen, das auf sie anwendbar gewesen wären, wenn sie selbst die Straftaten begangen hätten.

(1) So wie gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallo-nischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet anwendbar.

Muster 7. Antrag auf Ausstellung von Ausfertigungen oder Abschriften des Wählerregisters an einen Kandidaten

Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018

Provinz: Wahldistrikt:
 Wahlkanton: Gemeinde:

Ich Unterzeichnete(r), (Name und Vorname(n)), Kandidat(in) bei der Gemeinderatswahl und/oder Provinzialratswahl (1) im Wahlkreis (2), beantrage die Ausstellung von (Anzahl) Ausfertigung(en) oder Abschrift(en) des kommunalen und/oder provinziellen (3) Wählerregisters Ihrer Gemeinde.

Ich verpflichte mich dazu, die demokratischen Grundsätze einzuhalten, die insbesondere in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes oder jeder anderen Form des Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten zu beachten.

Ich möchte diese Ausfertigungen oder Abschriften auf Papier / im EDV-Format (4) erhalten.

Ich erkläre, von den im Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung vorgesehenen und auf der Rückseite des vorliegenden Dokumentes wiedergegebenen Verboten Kenntnis genommen zu haben, und verpflichte mich dazu, sie zu beachten.

..... (Ort), den (Datum)
 (Unterschrift)

-
- (1) Unzutreffendes bitte streichen.
 - (2) Für die Gemeinderatswahlen den Namen der Gemeinde und für die Provinzialratswahlen den Namen des Wahldistrikts bitte angeben.
 - (3) Unzutreffendes bitte streichen.
 - (4) Unzutreffendes bitte streichen.

Auszüge aus dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (1)

Art. L4122-5 - §1 - Sobald das im vorliegenden Artikel erwähnte Register erstellt worden ist, ist das Gemeindegremium oder der von ihm bezeichnete Beamte verpflichtet, den von einer politischen Partei bevollmächtigten Personen Ausfertigungen oder Abschriften des Wählerregisters vorzulegen, sofern sie sich schriftlich und in einem gemeinsamen Dokument dazu verpflichten, in der Gemeinde eine Kandidatenliste für die Wahl einzureichen und die demokratischen Grundsätze einzuhalten, die insbesondere in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtferti-

gung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes oder jeder anderen Form des Völkermordes erwähnt werden sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten zu beachten.

Die Anträge müssen per Einschreibebrief an den Bürgermeister gerichtet werden.

Die Exemplare werden auf Papier und auf maschinenlesbaren Datenträgern, deren Format durch die Regierung festgelegt wird, ausgestellt.

(...)

§3 - Jede Person, die als Kandidat auf einem im Hinblick auf die Wahl eingereichten Wahlvorschlag erscheint, kann gegen Zahlung des Selbstkostenpreises Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters auf Papier oder auf in §1 erwähnten Datenträger beziehen, sofern sie bei dem Bürgermeister einen diesbezüglichen Antrag per Einschreibebrief eingereicht hat und sie verpflichtet, die demokratischen Grundsätze einzuhalten, die insbesondere in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes oder jeder anderen Form des Völkermordes erwähnt werden sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten zu beachten.

Das Gemeindegremium überprüft bei der Aushändigung, ob der Betreffende als Kandidat für die Wahl vorgeschlagen ist.

Wenn der Antragsteller nachträglich aus der Kandidatenliste gestrichen wird, darf er unter Androhung der in Artikel L4122-34 des vorliegenden Kodex festgelegten strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen.

(...)

§6 - Das Gemeindegremium darf Personen, die nicht die Personen sind, die gemäß §1, §3 und §4 einen Antrag eingereicht haben, unter der Androhung der Artikel L4122-34 vorgesehenen Strafen keine Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters aushändigen. Die Personen, die diese Exemplare oder Abschriften erhalten haben, dürfen sie ihrerseits Drittpersonen nicht mitteilen.

Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters dürfen nur zur Wahlzwecke verwendet werden, und zwar auch außerhalb des Zeitraums zwischen dem Datum der Aushändigung des Registers und dem Datum der Wahl unter Androhung der in Artikel L4122-34 des vorliegenden Kodex festgelegten strafrechtlichen Sanktionen.

Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare oder Kopien des Wählerregisters dürfen ihre Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen nicht anführen.

Art. L4122-34 - §1 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe von fünfzig bis zu zwanzigtausend Euro oder mit nur einer dieser Strafen wird belegt, wer als Täter, Mittäter oder Komplize entgegen Artikel L4122-5, §6 entweder Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters Personen ausgehändigt hat, die sie zu erhalten nicht ermächtigt sind, oder diese Exemplare Drittpersonen mitgeteilt hat, nachdem er sie ordnungsgemäß erhalten hat, oder die Angaben aus dem Wählerregister zu Zwecken gebraucht hat, die keine Wahlzwecke sind.

§2 - Strafen, die gegen Komplizen der im Absatz 1 erwähnten Straftaten verhängt werden, dürfen nicht mehr als zwei Drittel des Strafmaßes betragen, das auf sie anwendbar gewesen wären, wenn sie selbst die Straftaten begangen hätten.

(1) So wie gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallo-
nischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14.
Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet anwendbar.

Der/die Vorsitzende dieses Wahlbüros bestätigt die Anwesenheit der Personen, deren Namen auf dieser Liste stehen (Telefonnummer des Vorsitzenden:).

Der/die Sekretär(in),
(Unterschrift)

Der/die Vorsitzende,
(Unterschrift)

- (1) Diese Nummer befindet sich auf der Rückseite des Personalausweises.
- (2) Dem Namen und Vornamen wird der Vermerk "Frau" oder "Herr" vorangestellt.
- (3) Was die Funktion betrifft, gelten folgende Abkürzungen: "V" für Vorsitzender, "B" für Beisitzer, und "S" für Sekretär.

Anweisungen

1. Um eine rasche Zahlung zu ermöglichen, vermerken die Mitglieder des Wahlvorstands auf deutliche und leserliche Weise ihre vollständigen Angaben, insbesondere ihre Bankkontonummer.
2. Dieses Dokument ist in doppelter Ausfertigung auszustellen:
 - Das erste Exemplar muss am Tag der Wahl dem Vorsitzenden des Kantonsvorstands übermittelt werden. Es wird am Montagmorgen nach den Wahlen dem Postvorsteher übergeben;
 - Das zweite Exemplar wird von dem/der Vorsitzenden des Wahlvorstands aufbewahrt.
3. Die Nationalregisternummer ermöglicht es, in die Bevölkerungsakte der Mitglieder des Wahlvorstands einzutragen, wie oft sie in dieser Eigenschaft getagt haben.

Muster 9. Rückerstattung der Fahrtkosten an die Mitglieder des Wahlvorstands

Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018

Provinz:
 Wahlkanton: Gemeinde:
 Wahlbürovorstand Nr. :

Zu versenden an: (Anschrift der Provinzialverwaltung)

UM EINE RASCHE ZAHLUNG ZU ERMÖGLICHEN, WERDEN SIE GEBETEN, IHRE VOLLSTÄNDIGEN ANGABEN DEUTLICH ZU VERMERKEN. ÜBERPRÜFEN SIE BITTE IHRE KONTONUMMER.

Der/die Unterzeichnete, (Name und Vorname(n)),
 Telefon- oder Handy-Nr.

Anschrift	Postleitzahl	Gemeinde

Funktion innerhalb des Vorstands	Kontonummer

Erklärt hiermit, dass ihm/ihr die Kosten für Fahrten, die wegen der Wahlen zwischen den nachstehend erwähnten Gemeinden zurückgelegt wurden, zurückzuerstatten sind:

Abfahrtsort (Gemeinde, in der sich der Wahlvorstand des/der Betroffenen befindet)	Bestimmungsort

Anzahl zurückgelegter Kilometer	Anzahl Fahrten	Grund dieser Fahrten

Zurückzuerstattender Betrag: km x 0,15 EUR, d. h. EUR
Gesamtbetrag

Der Betrag ist auf das oben angeführte Konto zu überweisen.

Diese Forderungsanmeldung ist spätestens am 14. Januar 2019 an die Anschrift der Provinzialverwaltung zu richten.

..... (Ort), den (Datum)

Der/die Vorsitzende des Vorstands,
 (Unterschrift)

Der/die Abgeber(in) der Erklärung,
 (Unterschrift)

..... km x 0,15 EUR, d. h.

EUR

Gesamtbetrag

Der Betrag ist auf das oben angeführte Konto zu überweisen.

Diese Forderungsanmeldung ist spätestens am 14. Januar 2019 an die oben angegebene Anschrift der Provinzialverwaltung zu richten.

..... (Ort), den (Datum)
(Unterschrift)

(1) Das (die) betreffende(n) Feld(er) bitte ankreuzen.

Dauer: Stunden.

8. Sonstiges (die Art dieser Leistung(en) angeben):

Für jede der oben erwähnten Leistungen sind ggf. die Belege beizufügen.

Falls zutreffend ist dem vorliegenden Schreiben das Muster 12 beizufügen, in dem die Notwendigkeit der unter Nr. 8 angeführten Aufgabe(n) bescheinigt wird.

Der/die Vorsitzende des Vorstands bestätigt die Richtigkeit dieser Erklärung.

Für ehrlich und vollständig bescheinigte Erklärung

..... (Ort), den (Datum)

Der/die Vorsitzende des Vorstands,
(Unterschrift)

Der/die Abgeber(in) der Erklärung,
(Unterschrift)

Muster 12. Bescheinigung zur Begründung der Notwendigkeit einer außerordentlichen Aufgabe im Wahlverfahren (dem Muster 11 beifügen)

Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018

Provinz:

Wahlkanton: Gemeinde:

Gemeindevorstand / Kantonsvorstand / Distriktvorstand (Unzutreffendes bitte streichen)

Der/die Unterzeichnete, (Name und Vorname(n)),
Erklärt hiermit, dass er/sie die folgende(n) Aufgabe(n) erfüllt hat:

Diese Aufgabe ist wie folgt gerechtfertigt:

Zudem war es unmöglich, diese Aufgabe während der gewöhnlichen Arbeitszeiten auszuführen, und zwar aus folgenden Gründen:

Für ehrlich und vollständig bescheinigte Erklärung

..... (Ort), den (Datum)

Der/die Abgeber(in) der Erklärung,
(Unterschrift)

Muster 13. Forderungsanmeldung betreffend die tatsächlichen Ausgaben der Wahlvorstände

Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018

Provinz:

Wahlkanton: Gemeinde:

Gemeindevorstand / Kantonsvorstand / Distriktvorstand (Unzutreffendes bitte streichen)

UM EINE RASCHE ZAHLUNG ZU ERMÖGLICHEN, WERDEN SIE GEBETEN, IHRE VOLLSTÄNDIGEN ANGABEN DEUTLICH ZU VERMERKEN. ÜBERPRÜFEN SIE BITTE IHRE KONTONUMMER.

Der/die Unterzeichnete, (Name und Vorname(n)), Vorsitzende(r) / Sekretär(in) / Beisitzer(in) (Unzutreffendes bitte streichen) des Vorstands, Telefon- oder Handy-Nr.

Anschritt	Postleitzahl	Gemeinde

Betrag	Kontonummer	Unterschrift

Erkläre, dass die tatsächlichen Ausgaben in Höhe des obenstehenden Betrags betreffend die folgenden Aufgaben mir zurückerstattet werden müssen:

1. Vervielfältigung von Dokumenten
 ja nein
 Betrag: Euro.
2. Fax-Mitteilungen
 ja nein
 Betrag: Euro.
3. Telefonanrufe
 ja nein
 Betrag: Euro.
4. Büro- und Schreibwaren
 ja nein
 Betrag: Euro.
5. Transport von Zubehör
 ja nein
 Betrag: Euro.
6. Sonstige ähnliche Unkosten
 ja nein
 Betrag: Euro.

Ursprung und Begründung dieser Ausgaben:

Für jede der oben erwähnten Ausgaben füge ich ggf. die Belege bei.

Der/die Vorsitzende des Vorstands bestätigt die Richtigkeit dieser Erklärung.

Für ehrlich und vollständig bescheinigte Erklärung

..... (Ort), den (Datum)

Der/die Vorsitzende des Vorstands,
(Unterschrift)

Der/die Abgeber(in) der Erklärung,
(Unterschrift)

Muster 14 - Tabelle mit der Zusammensetzung des Kantonsvorstands

Provinz: Wahldistrikt:
 Wahlkanton: Gemeinde:

Der Vorsitzende des Kantonsvorstands bescheinigt hiermit, dass der Kantonsvorstand wie folgt zusammengesetzt ist:

	Name und Vorname	Geburtsdatum	Beruf und Stufe	Nationalregisternummer	Hauptwohrtort und vollständige Anschrift
Vorsitzender					
Sekretär					
Beisitzer					
Beisitzer					
Beisitzer					
Beisitzer					
Ersatzbeisitzer					
Ersatzbeisitzer					
Ersatzbeisitzer					
Ersatzbeisitzer					

..... (Ort), den (Datum)

Der Vorsitzende des Kantonsvorstands,
 (Unterschrift)

Auszüge aus dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (1)

Art. L4125-7 - §1 - Der Kantonsvorstand ist im Hauptort des Kantons eingerichtet und besteht aus einem Vorsitzenden, vier Beisitzern, vier Ersatzbeisitzern, die vom Vorsitzenden unter den Wählern der Hauptgemeinde des Kantons gewählt werden, und einem gemäß den Bestimmungen des Artikels L4125-15 ernannten Sekretär.

§2 - Sein Vorsitz wird durch die folgende Person geführt:

1° den Präsident des Gerichtes erster Instanz oder sein Stellvertreter, falls der Hauptort des Wahlkantons auch Hauptort des Gerichtsbezirks ist,

2° den Friedensrichter, falls der Hauptort des Wahlkantons auch Hauptort eines Gerichtskantons ist,

3° in allen anderen Fällen den Friedensrichter des Gerichtskantons, in dem sich der Hauptort des Wahlkantons befindet, oder seinen Stellvertreter;

Wenn der Vorsitz des Kantonsvorstands durch einen Magistrat nicht geführt werden kann, bezeichnet der Vorsitzende des Distriktvorstands den Vorsitzenden dieses Vor-

stands unter den Wählern des Distrikts unter Beachtung der in Artikel L4125-3, §2 vorgesehenen Reihenfolge.

Der Vorsitzende des Distriktvorstands übermittelt der Regierung unmittelbar die Identität und die Kontaktangaben der benannten Vorsitzenden.

Art. L4125-5 - §1 - Spätestens am 15. September bezeichnet der Vorsitzende des Gemeindevorstands die Vorsitzenden der Wahl- und Zählbürovorstände sowie die Beisitzer und Ersatzbeisitzer der Gemeindeauszählung unter den jüngsten Wählern der Gemeinde, die am Wahltag mindestens achtzehn Jahre alt sind, in der in Artikel L4125-3, §2 bestimmten Reihenfolge.

[Die in Artikel L4122-7 §1 erwähnte Liste der Freiwilligen wird bei der Benennung der Beisitzer und Ersatzbeisitzer ebenfalls berücksichtigt.] (2)

§2 - Am selben Datum bezeichnet er die Beisitzer der Wahlbürovorstände unter den jüngsten Wählern der Gemeinde, die am Wahltag mindestens achtzehn Jahre alt sind, und die in Artikel L4125-3, §2 vorgesehenen Bedingungen erfüllen, zu denen die Personen, die Inhaber eines Amtes der Stufe C, das der Wallonischen Region untersteht, oder eines entsprechenden Amtes in den im Punkt 6° desselben Paragraphen vorgesehenen Verwaltungen oder Einrichtungen sind oder anderswo ein entsprechendes Amt ausüben, hinzukommen sind [sowie die in Artikel L4122-7 §1 erwähnte Liste der Freiwilligen.] (2)

§3 - Die Vorsitzenden, Beisitzer und Ersatzbeisitzer der Wahl- und Zählbürovorstände werden unter den Wählern bezeichnet, die auf den in Artikel L4122-7, §1, 1° und 2° vorgesehenen Verzeichnissen stehen.

(...)

§7 - Er übermittelt sofort den Vorsitzenden der Wahl- und Zählbürovorstände der Gemeinden, dem Vorsitzenden des Distrikt- und Kantonsvorstands und dem Gemeindegremium, die Tabelle, die die Zusammensetzung des Gemeindevorstands, der Wahlvorstände sowie der Zählbürovorstände der Gemeinden angibt.

Diese Tabelle wird gemäß dem von der Regierung festgelegten Muster aufgestellt.

Das Gemeindegremium sorgt dafür, dass die Tabelle, die es erhalten hat, durch Anschlag von jedem eingesehen werden kann.

Er übermittelt unverzüglich der Regierung oder ihrem Beauftragten ein Exemplar davon.

§8 - Der Vorsitzende des Gemeindevorstands stellt Abschriften der Tabelle der Mitglieder der Wahl- und Zählbürovorstände der Gemeinde jedem aus, der dies mindestens fünfzehn Tage vor der Wahl beantragt hat. Der Preis eines Exemplars dieser Tabelle wird durch Erlass der Regierung festgelegt. Er darf nicht mehr als 2,48 Euro betragen.

(1) So wie gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet anwendbar.

(2) Für die Provinzialratswahlen.

Muster 15 - Tabelle mit der Zusammensetzung des Gemeindevorstands und der Wahlbürovorstände der Gemeinde

Provinz: Wahldistrikt:
 Wahlkanton: Gemeinde:

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands bescheinigt hiermit, dass der Gemeindevorstand und die Wahlbürovorstände der Gemeinde wie folgt zusammengesetzt sind: (1)

Gemeindevorstand

	Name und Vorname	Geburtsdatum	Beruf und Stufe	Nationalregisternummer	Hauptwohntort und vollständige Anschrift
Vorsitzender					
Sekretär					
Beisitzer					
Beisitzer					
Beisitzer					
Beisitzer					
Ersatzbeisitzer					
Ersatzbeisitzer					
Ersatzbeisitzer					
Ersatzbeisitzer					

Wahlbürovorstand Nr. (2), mit Sitz in (3)

	Name und Vorname	Geburtsdatum	Beruf und Stufe	Nationalregisternummer	Hauptwohntort und vollständige Anschrift
Vorsitzender					
Sekretär					
Beigeordneter Sekretär (4)					
Beisitzer					
Beisitzer					
Beisitzer					
Beisitzer					

Beisitzer (4)					
Ersatzbeisitzer					
Ersatzbeisitzer					
Ersatzbeisitzer					
Ersatzbeisitzer					
Ersatzbeisitzer (4)					

..... (Ort), den (Datum)

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands,
(Unterschrift)

- (1) Diese Tabelle bitte aufgrund der tatsächlichen Anzahl Wahlvorstände ausfüllen.
 (2) Jedes Wahlbüro erhält eine Wählersektion. Die Nummer der entsprechenden Wählersektion bitte angeben, so wie sie gemäß Artikel 6 des Zusammenarbeitsabkommens vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet zugeteilt wurde.
 (3) Die vollständige Anschrift bitte angeben.
 (4) Nur auszufüllen, wenn das Wahlbüro mehr als 800 Wähler umfasst.

Auszüge aus dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (1)

Art. L4125-1 - §4 - Kein Kandidat darf dem Wahlvorstand angehören. Die Kandidaten und Kandidatenlisten können Zeugen bezeichnen, um die Verrichtungen des Vorstands nach den in Artikel L4134-1 erwähnten Modalitäten zu kontrollieren.

Das Amt eines Provinzialgreffiers, eines Provinzialeinnehmers, eines Gemeindesekretärs und eines Gemeindeeinnehmers ist unvereinbar mit dem Amt des Vorsitzenden, eines Beisitzers oder Ersatzbeisitzers eines Kreisvorstands.

Das Gleiche gilt ebenfalls für die Bekleidung eines politischen Mandats und die Aufgabe als Zeuge.

Art. L4125-3 - §2 - Um den Vorsitz des Gemeindevorstands zu führen, bezeichnet der Vorsitzende des Distriktvorstands in der nachstehend festgelegten Reihenfolge:

- 1° Richter oder stellvertretende Richter des Gerichtes erster Instanz, des Arbeits- und des Handelsgerichtes nach dem Dienstalter,
- 2° Friedensrichter oder ihre Stellvertreter nach dem Dienstalter;
- 3° Richter des Polizeigerichtes oder ihre Stellvertreter nach dem Dienstalter;
- 4° Rechtsanwälte und Rechtsanwaltspraktikanten in der Reihenfolge ihrer Eintragung im Anwaltsverzeichnis oder in der Praktikantenliste;
- 5° Notare;
- 6° der Wallonischen Region unterstellte Inhaber eines Amtes der Stufe A oder B und Inhaber eines gleichwertigen Dienstgrades, die dem Föderalstaat, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, den Provinzen, den Gemeinden, den öffentlichen Sozialhilfezentren, den Einrichtungen öffentlichen Interesses, die im Gesetz

vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses erwähnt sind oder auch nicht, oder den autonomen öffentlichen Unternehmen im Sinne des Gesetzes vom 21. März 1991 zur Umstrukturierung bestimmter öffentlicher Wirtschaftsunternehmen unterstehen;

7° Lehrpersonal;

8° Praktikanten der Staatsanwaltschaft;

9° wenn notwendig, die unter den Wählern der Gemeinde bezeichneten Personen, die anderswo Ämter ausüben, die den im Punkt 6° erwähnten Ämtern entsprechen.

Außer den Richtern, die bezeichnet werden können, um den Vorsitz des Gemeindevorstands ihres Sitzes unabhängig von der Gemeinde, wo sie Wähler sind, zu führen, sind die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Personen die Wähler der Gemeinde, wo sie das Amt eines Vorsitzenden des Gemeindevorstands ausüben.

Muss der Vorsitzende des Gemeindevorstands in einer anderen Gemeinde wählen, so bestimmt er einen Stellvertreter, um ihn am Wahltag während der für die Erfüllung seiner Pflicht als Wähler notwendigen Zeit zu vertreten.

Die öffentlichen Behörden, die im vorstehenden Absatz, Punkten 6° und 7° erwähnte Personen beschäftigen, teilen den Gemeindeverwaltungen, wo sie ihren Hauptwohrt haben, den Namen, die Vornamen, die Anschrift und den Beruf dieser Personen mit.

Der Vorsitzende des Distriktvorstands übermittelt der Regierung spätestens am 30. Juni die Identität und die Kontaktangaben der benannten Vorsitzenden.

(...)

Art. L4125-5 - §1 - Spätestens am 15. September bezeichnet der Vorsitzende des Gemeindevorstands die Vorsitzenden der Wahl- und Zählbürovorstände sowie die Beisitzer und Ersatzbeisitzer der Gemeindeauszählung unter den jüngsten Wählern der Gemeinde, die am Wahltag mindestens achtzehn Jahre alt sind, in der in Artikel L4125-3, §2 bestimmten Reihenfolge.

[Die in Artikel L4122-7 §1 erwähnte Liste der Freiwilligen wird bei der Benennung der Beisitzer und Ersatzbeisitzer ebenfalls berücksichtigt.] (2)

§2 - Am selben Datum bezeichnet er die Beisitzer der Wahlbürovorstände unter den jüngsten Wählern der Gemeinde, die am Wahltag mindestens achtzehn Jahre alt sind, und die in Artikel L4125-3, §2 vorgesehenen Bedingungen erfüllen, zu denen die Personen, die Inhaber eines Amtes der Stufe C, das der Wallonischen Region untersteht, oder eines entsprechenden Amtes in den im Punkt 6° desselben Paragraphen vorgesehenen Verwaltungen oder Einrichtungen sind oder anderswo ein entsprechendes Amt ausüben, hinzukommen sind [sowie die in Artikel L4122-7 §1 erwähnte Liste der Freiwilligen.] (2)

§3 - Die Vorsitzenden, Beisitzer und Ersatzbeisitzer der Wahl- und Zählbürovorstände werden unter den Wählern bezeichnet, die auf den in Artikel L4122-7, §1, 1° und 2° vorgesehenen Verzeichnissen stehen.

(...)

§7 - Er übermittelt sofort den Vorsitzenden der Wahl- und Zählbürovorstände der Gemeinden, dem Vorsitzenden des Distrikt- und Kantonsvorstands und dem Gemeindegremium, die Tabelle, die die Zusammensetzung des Gemeindevorstands, der Wahlvorstände sowie der Zählbürovorstände der Gemeinden angibt.

Diese Tabelle wird gemäß dem von der Regierung festgelegten Muster aufgestellt.

Das Gemeindegremium sorgt dafür, dass die Tabelle, die es erhalten hat, durch Anschlag von jedem eingesehen werden kann.

Er übermittelt unverzüglich der Regierung oder ihrem Beauftragten ein Exemplar davon.

§8 - Der Vorsitzende des Gemeindevorstands stellt Abschriften der Tabelle der Mitglieder der Wahl- und Zählbürovorstände der Gemeinde jedem aus, der dies mindestens fünfzehn

Tage vor der Wahl beantragt hat. Der Preis eines Exemplars dieser Tabelle wird durch Erlass der Regierung festgelegt. Er darf nicht mehr als 2,48 Euro betragen.

(1) So wie gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2017 zwischen der Wallo-nischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet anwendbar.

(2) Für die Provinzialratswahlen.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung über die Wahlverrichtungen im Hinblick auf die Gemeinde- und Provinzialratswahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprach-gebiet beigefügt zu werden.

Eupen, den 24. Mai 2018

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin,
Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2018/202973]

24 MAI 2018. — Arrêté du Gouvernement relatif aux opérations électorales en vue des élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le Code de la démocratie locale et de la décentralisation, les articles L4112-9, L4112-17, L4123-1, L4124-1, L4125-5, L4132-1, L4133-2, L4135-1, L4135-3, L4135-4 et L4143-3;

Vu l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande, l'article 3;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 20 février 2018;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 23 février 2018;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 63.149/4, donné le 17 avril 2018 en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre des Pouvoirs locaux;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — Des collèges électoraux*Section 1^{re}. — Convocation des collèges électoraux en vue des élections communales et provinciales*

Article 1^{er}. Les locaux de vote ouvrent de 8 à 15 heures.

Les électeurs qui se trouvent encore dans la file d'attente à l'heure de la fermeture des locaux sont encore admis au vote.

Section 2. — Modèle de convocation électorale pour les électeurs

Art. 2. Pour les électeurs belges, les lettres de convocation aux différentes élections sont imprimées sur papier blanc.

Les électeurs étrangers, ressortissants ou non d'un État membre de l'Union européenne, inscrits sur le registre des électeurs, reçoivent une convocation de couleur bleue.

Art. 3. Les lettres de convocation pour les électeurs belges sont établies conformément au modèle 1 ci-annexé.

Art. 4. § 1^{er}. Pour les électeurs étrangers, ressortissants ou non d'un autre État membre de l'Union européenne, les lettres de convocation pour l'élection des conseils communaux sont établies conformément au modèle 2 ci-annexé.

§ 2. Les lettres de convocation des électeurs, ressortissants d'un autre État membre de l'Union européenne portent la lettre « C ».

Les lettres de convocation des électeurs non ressortissants d'un État membre de l'Union européenne portent la lettre « E ».

Section 3. — Vote par procuration

Art. 5. § 1^{er}. Le formulaire de procuration à utiliser lors des élections communales et provinciales correspond au modèle 3 ci-annexé.

§ 2. Le certificat à délivrer par le bourgmestre aux électeurs qui sont autorisés à voter par procuration, conformément à l'article L4132-1, § 1^{er}, 7^o, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, pour cause de séjour temporaire à l'étranger non motivé par des raisons professionnelles ou de service, est conforme au modèle 4 ci-annexé.

Ce certificat sera délivré en l'absence d'une attestation de l'organisation de voyages.

Section 4. — Assistance au vote

Art. 6. La déclaration visée à l'article L4133-2, § 3, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, relative à l'assistance au vote, est rédigée sur un formulaire conforme au modèle 5 ci-annexé. Ce formulaire est délivré gratuitement par l'administration communale.

La déclaration mentionne les élections pour lesquelles elle est valable, ainsi que les nom, prénoms, date de naissance et adresse de l'électeur et de l'accompagnant, et le numéro d'identification au Registre national des personnes physiques de l'électeur.

Le formulaire est signé par l'électeur et l'accompagnant.

CHAPITRE 2. — Délivrance du registre des électeurs

Art. 7. § 1^{er}. Conformément à l'article L4122-5, § 1^{er}, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, les personnes mandatées par un parti politique ont le droit de se faire produire des exemplaires ou copies du registre des électeurs, sur support papier et support informatique exploitable, dès l'établissement de celui-ci et pour autant qu'il s'engage, par écrit et dans un document commun, à présenter une liste de candidats aux élections dans la commune et à respecter les principes démocratiques énoncés notamment par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national socialiste pendant la Seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution.

Cette demande doit être faite par lettre recommandée adressée au bourgmestre.

La demande est établie conformément au modèle 6 ci-annexé.

§ 2. Conformément à l'article L4122-5, § 3, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, tout candidat peut se faire produire, contre paiement du prix coûtant, des exemplaires ou copies du registre des électeurs, sur support papier et support informatique exploitable, dès l'établissement de celui-ci et pour autant qu'il s'engage, par écrit et dans un document commun, à présenter une liste de candidats aux élections dans la commune et à respecter les principes démocratiques énoncés notamment par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national socialiste pendant la Seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution.

Cette demande doit être faite par lettre recommandée adressée au bourgmestre.

La demande est établie conformément au modèle 7 ci-annexé.

Art. 8. Pour la délivrance des exemplaires du registre des électeurs visée à l'article L4122-5, § 1^{er}, du même Code, le collège communal est tenu d'utiliser un format de fichier informatique dont la structure permet l'importation directe des données qu'il contient dans une application afin d'effectuer différents traitements de ces données, et notamment l'élaboration de listes d'électeurs répondant à certains critères de sélection.

CHAPITRE 3. — Mentions

Art. 9. § 1^{er}. Dans son acte de présentation, le candidat mentionne, après son identité complète, le nom sous lequel il souhaite être inscrit sur l'affiche prévue à l'article L4142-37, § 2, du même Code et sur les écrans des ordinateurs de vote. Le bureau de circonscription utilisera ces indications pour déterminer les mentions qui seront inscrites sur les écrans des ordinateurs de vote.

§ 2. Il ne peut être mentionné qu'un seul prénom, un prénom composé devant être considéré comme un seul prénom.

Le prénom choisi doit être mentionné dans l'énumération des prénoms dans l'acte de naissance.

§ 3. Pour autant que la mention de ce prénom différent n'ait pas pour effet de prêter à confusion avec un autre candidat ou une personnalité connue au niveau de la circonscription, le bureau de circonscription peut autoriser un candidat à faire usage sur l'affiche et les écrans des ordinateurs de vote d'un autre prénom, en appliquant les règles suivantes :

1° le prénom sous lequel le candidat est effectivement connu n'est pas son premier prénom, mais un autre, repris sur son acte de naissance : dans ce cas, il mentionne le prénom complet sur son acte de présentation et indique son souhait de voir figurer en lieu et place sur les écrans des ordinateurs de vote la mention choisie;

2° le candidat est connu sous une abréviation de l'un de ses prénoms énumérés sur l'acte de naissance : par exemple, Danny pour Daniel; il procède comme au point 1°;

3° le prénom qu'il souhaite voir figurer sur les écrans des ordinateurs de vote ne fait pas partie de l'énumération des prénoms repris sur son acte de naissance : le bureau de circonscription admettra cette mention sur la foi d'un acte de notoriété délivré par le juge de paix, un notaire, ou un bourgmestre; le prénom de naissance du candidat sera mentionné sur les écrans des ordinateurs de vote suivi de son prénom usuel.

§ 4. L'identité du (de la) candidat(e), marié(e) ou veuf(ve), peut être précédée ou suivie du nom de son conjoint ou de son conjoint décédé.

CHAPITRE 4. — Frais électoraux

Section 1^{re}. — Dispositions générales

Art. 10. § 1^{er}. La Province de Liège conclut les contrats nécessaires au règlement des frais électoraux visés à l'article 13 de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande, et assure les règlements des créances. Elle procède ensuite auprès des communes de la région de langue allemande aux récupérations appropriées, au prorata des électeurs inscrits.

Toutefois, les communes de la région de langue allemande sont exclues de la répartition pour ce qui concerne la récupération des frais résultant du paiement des jetons de présence aux membres des bureaux de dépouillement communaux et provinciaux, la constitution de ceux-ci étant propre au vote manuel.

§ 2. Les jetons de présence sont liquidés sur foi de la liste des membres présents du bureau électoral adressée par le président du bureau électoral concerné. Cette liste est établie conformément au modèle 8 ci-annexé.

§ 3. Pour le paiement des jetons de présence aux membres des bureaux électoraux, la Province de Liège conclut, selon les directives établies par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone, un contrat portant exécution du paiement des jetons de présence au moyen de versements sur les comptes financiers des membres des bureaux électoraux.

§ 4. Les membres des bureaux électoraux qui ont droit à une indemnité de déplacement transmettent leur déclaration de créance à la province. Cette déclaration de créance est établie conformément au modèle 9 ci-annexé et mentionne l'adresse de la province.

§ 5. Les électeurs visés à l'article 11, et qui demandent le remboursement de leurs frais de déplacement, établissent leur déclaration de créance au moyen du modèle 10 ci-annexé et mentionnent l'adresse de la province.

Sur la base d'une convention conclue entre la Province de Liège et la Société nationale des Chemins de fer belges, celle-ci facture à la province les frais résultant des déplacements effectués par les électeurs en question qui ont bénéficié d'un titre de transport gratuit. Elle mentionne sur ses factures le code provincial S.N.C.B. figurant sur les lettres de convocation.

§ 6. La Province de Liège souscrit auprès d'une compagnie d'assurances une police destinée à garantir les dommages résultant des accidents survenus aux membres des bureaux électoraux et règle les dépenses concernées.

§ 7. Les frais électoraux qui résultent des travaux et services nécessaires aux opérations électorales sont supportés dans le respect de la réglementation sur les marchés publics.

Section 2. — Remboursement des frais de déplacement à certains électeurs

Art. 11. § 1^{er}. L'électeur visé à l'article L4135-4 du même Code peut s'adresser au directeur général de la Province de Liège pour obtenir le remboursement de ses frais de déplacement, dans les trois mois de l'élection.

La demande est établie sur une formule conforme au modèle 10 ci-annexé, à laquelle sont joints les documents suivants :

1° la lettre de convocation estampillée par le bureau de vote;

2° un certificat d'inscription dans les registres de la population s'il s'agit d'électeurs ne résidant plus dans la commune où ils doivent voter;

3° l'un des documents suivants :

a) une attestation de l'employeur établissant qu'ils sont rémunérés par lui s'il s'agit d'électeurs salariés ou appointés en mission à l'étranger ou exerçant leur profession dans une commune autre que celle où ils doivent voter;

b) une attestation de la Direction de l'établissement d'enseignement constatant qu'ils y sont régulièrement inscrits s'il s'agit d'électeurs qui séjournent en raison de leurs études dans une commune autre que celle où ils doivent voter;

c) une attestation de la Direction du centre d'accueil, de l'établissement hospitalier ou de la maison de santé constatant qu'ils y sont hébergés ou qu'ils s'y trouvent en traitement s'il s'agit d'électeurs séjournant, pour des raisons d'ordre médical ou de santé, dans une commune autre que celle où ils doivent voter;

4° le cas échéant, le titre de transport en commun dont il a été fait usage.

§ 2. Les frais sont remboursés sur la base du tarif des transports de voyageurs en deuxième classe, tel qu'il est appliqué par la Société nationale des chemins de fer belges le jour de l'élection.

§ 3. Les électeurs qui, pour leur déplacement, font usage des lignes de la Société nationale des chemins de fer belges, peuvent, au lieu de solliciter le remboursement de leurs frais, obtenir un parcours gratuit en deuxième classe en produisant, à la station de départ, leur lettre de convocation à l'élection et leur carte d'identité, ainsi que l'un des documents prévus au § 1^{er}.

Le titre de transport délivré est valable du vendredi précédant le jour de l'élection jusqu'au dimanche suivant. Il ne peut servir au voyage de retour que sur production de la lettre de convocation, dûment estampillée par le bureau de vote.

Section 3. — Jeton de présence et indemnités en faveur des membres des bureaux

Art. 12. § 1^{er}. Le montant de base du jeton de présence que les membres des bureaux électoraux perçoivent, pour chaque séance prévue par le même Code est fixé à 12,50 euros.

§ 2. Tenant compte de la charge et des responsabilités exercées par les présidents et les membres des bureaux de circonscription et de canton, le montant du jeton de présence est ajusté comme suit :

- pour les présidents des bureaux de circonscription et de canton, le montant de base du jeton de présence est multiplié par six;

- pour les membres des bureaux de circonscription et de canton, le montant de base du jeton de présence est multiplié par quatre.

§ 3. Le montant de base des jetons de présence destinés aux présidents, membres, secrétaires et secrétaires adjoints des bureaux de vote est multiplié par 1,5.

Art. 13. § 1^{er}. Les jetons de présence perçus par les membres des bureaux électoraux sont destinés à l'accomplissement de leur devoir civique et couvrent l'ensemble des réunions que ces bureaux doivent tenir conformément au même Code.

§ 2. Pour les bureaux de vote, il s'agit de la séance prévue pour recevoir les électeurs venus exprimer leur vote.

§ 3. Pour les bureaux de circonscription, il s'agit des séances relatives à la réception des actes de candidature, la vérification de la recevabilité des actes, l'arrêt provisoire des listes de candidats, la réception des réclamations contre des candidatures et des recours contre l'écartement de certaines listes de candidats, le dépôt des actes rectificatifs, l'arrêt définitif des listes de candidats, le tirage au sort provincial et communal, la formulation et la supervision de la réalisation des écrans de vote, les déclarations de groupement, la répartition des sièges entre les listes le jour du scrutin, la désignation des élus et des suppléants, et l'appareillement.

§ 4. Pour les bureaux de canton, il s'agit des séances relatives à la formation des présidents des bureaux de vote, et celle relative au recensement des votes.

Art. 14. § 1^{er}. En dehors des séances énumérées à l'article 13, pour lesquelles seul le jeton de présence peut être réclamé, les membres des bureaux de circonscription et des bureaux de canton peuvent avoir à accomplir des tâches qui sont nécessaires afin de garantir le bon déroulement des élections, mais qui ne se rapportent pas à une séance du bureau. Ces tâches concernent, notamment, l'envoi des courriers, relevés et tableaux exigés par le même Code, y compris l'expédition des procès-verbaux, la procédure de désignation des membres des bureaux, les démarches accomplies en vue de procéder aux investigations quant à l'éligibilité des candidats, l'encodage numérique des listes et leur transmission, les corrections qui suivent la vérification par le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone des doubles candidatures, la mise à jour des écrans de vote, la communication de la liste officielle des candidats aux bureaux de circonscription et aux déposants qui le demandent, ainsi que la communication des extraits du procès-verbal de recensement aux élus.

Pour effectuer ces tâches, le collège communal, à la demande du président du bureau de circonscription, met à la disposition de celui-ci, en application de l'article L4145-5, § 4, du même Code, le personnel et le matériel nécessaires à l'accomplissement de sa mission et fixe également le montant des indemnités qui en découlent.

§ 2. Conformément à l'arrêté royal du 28 août 1963 relatif au maintien de la rémunération normale des ouvriers, des travailleurs domestiques, des employés et des travailleurs engagés pour le service des bâtiments de navigation intérieure pour les jours d'absence à l'occasion d'événements familiaux ou en vue de l'accomplissement d'obligations civiques ou de missions civiles, les agents sous contrat de travail ont le droit de s'absenter du travail, avec maintien de leur rémunération normale, en vue de l'accomplissement des obligations civiques le temps nécessaire, avec un maximum de cinq jours. Les agents statutaires de la fonction publique fédérale, régionale, communautaire, provinciale et communale bénéficient de dispositions similaires en vertu de leur statut respectif.

Ne peuvent donc faire l'objet d'une indemnisation que les tâches décrites au § 1^{er}, pour autant qu'elles se situent en dehors des heures de travail normales des membres des bureaux concernés dans l'exercice de leur profession.

§ 3. La déclaration de créance se rapportant aux tâches effectuées conformément au § 1^{er} est adressée à l'administration de la Province de Liège, accompagnée du relevé des heures prestées et des pièces justificatives éventuelles. Cette déclaration est établie conformément au modèle 11 ci-annexé.

§ 4. Toute demande d'indemnisation, conformément au § 2, pour une tâche qui ne serait pas mentionnée expressément dans la liste reprise au § 1^{er} du présent article, doit faire l'objet d'une attestation sur la base du modèle 12 ci-annexé justifiant de la nécessité de cette tâche dans la procédure électorale et de l'impossibilité de l'effectuer dans les heures de travail normales.

L'indemnisation des tâches sera opérée sur la base de cette déclaration de créance.

Art. 15. Les frais réels engagés par les bureaux de circonscription et de canton dans l'exercice de leur mission font l'objet d'un remboursement sur la base d'une déclaration de créance conforme au modèle 13 ci-annexé, accompagnée de pièces justificatives, adressée à l'administration de la Province de Liège. Ces frais comportent les reproductions de documents, communications par télécopieur, frais d'appels téléphoniques, papeterie, transport des accessoires et autres frais semblables.

Section 4. — Remboursement des frais de déplacement aux membres des bureaux électoraux

Art. 16. § 1^{er}. L'indemnité allouée aux membres des bureaux électoraux à titre de remboursement de leurs frais de déplacements est fixée à 0,15 euro par kilomètre parcouru.

§ 2. La déclaration de créance établie conformément au modèle 9 ci-annexé est adressée à l'administration de la Province de Liège dans les trois mois de l'élection.

Section 5. — Couverture des risques résultant des accidents susceptibles de survenir aux membres des bureaux électoraux

Art. 17. § 1^{er}. La Province de Liège souscrit auprès d'une compagnie d'assurance une police destinée à garantir les dommages corporels résultant des accidents susceptibles de survenir aux membres des bureaux électoraux, lors des élections, tant dans l'exercice de leurs fonctions que sur le trajet aller-retour de leur domicile au lieu de réunion de leur bureau.

§ 2. Cette police d'assurance couvre les dommages corporels résultant des accidents dont sont victimes les membres des bureaux électoraux durant l'exécution de leur mission ou sur le chemin aller-retour de leur domicile au lieu de réunion de leur bureau.

§ 3. Elle couvre également la responsabilité civile résultant des dommages causés par leur fait ou leur faute à des tiers dans l'exercice de leur mission ou sur le chemin aller-retour de leur domicile au lieu de réunion de leur bureau.

Les assurés sont considérés comme tiers entre eux.

§ 4. La notion de chemin aller-retour du domicile de l'assuré au lieu de réunion de son bureau est déterminée par référence à l'article 8 de la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail.

Art. 18. § 1^{er}. Par assurés, il faut entendre :

1° les membres des bureaux centraux d'arrondissement, des bureaux principaux provinciaux, des bureaux de district, de canton et communaux ainsi que des bureaux de vote, à l'exclusion des témoins, mais y compris les assesseurs suppléants convoqués expressément par le président du bureau pour lequel ils ont été désignés;

2° pour la couverture du risque visé à l'article 17, § 2, les personnes visées au 1° ci-dessus ainsi que les agents de la Région wallonne et de la Communauté germanophone désignés par le Gouvernement wallon ou le Gouvernement de la Communauté germanophone pour collaborer à l'organisation des élections.

§ 2. Les membres des bureaux électoraux qui sont soumis au régime institué par la loi du 3 juillet 1967 sur la réparation des dommages résultant des accidents du travail, des accidents survenus sur le chemin du travail et des maladies professionnelles dans le secteur public, sont exclus de la garantie visée au § 1^{er}.

En cas d'existence d'une ou de plusieurs assurances s'appliquant en tout ou en partie aux mêmes risques que ceux couverts par le présent article, la police d'assurance visée au § 2 n'aura effet qu'à titre supplétif, après épuisement des dites assurances.

Art. 19. § 1^{er}. La police d'assurance prend effet, selon les catégories de bureaux électoraux qui doivent être constitués, aux dates fixées pour leur première réunion par le même Code.

Elle expire à la date à laquelle ces bureaux ont accompli l'ensemble de leurs opérations.

§ 2. La prime versée à l'assureur par application de la convention d'assurance fait l'objet d'une ristourne qui s'élève à la moitié de la différence entre quatre-vingt-cinq pour cent du montant de la prime et le montant des dépenses.

Par dépenses, il faut entendre les montants payés pour sinistre de même que les réserves pour sinistre restant éventuellement à régler.

CHAPITRE 5. — *Prix des copies de la liste indiquant la composition des bureaux de vote*

Art. 20. § 1^{er}. Conformément à l'article L4125-5, § 7, du même Code, le président du bureau communal transmet aux présidents des bureaux de vote, au président du bureau de district et de canton et au collège communal le tableau reprenant la composition du bureau communal, ainsi que des bureaux de vote. Ce tableau est établi conformément aux modèles 14 et 15 ci-annexés.

Le collège communal assure par voie d'affichage la consultation par le public du tableau qu'il a reçu.

§ 2. La délivrance de ces copies se fait contre paiement :

1° de la somme de 1,50 euro par exemplaire, dans les communes ou les cantons comptant moins de 25 000 électeurs inscrits;

2° de la somme de 2 euros par exemplaire, dans les communes ou les cantons comptant 25 000 électeurs inscrits ou plus.

Si le nombre d'électeurs inscrits dans la commune ou le canton n'est pas connu au moment de l'introduction de la demande, le nombre d'électeurs inscrits lors des dernières élections servira de référence.

CHAPITRE 6. — *Isoloir et matériel électoral*

Art. 21. § 1^{er}. Dans chaque local de vote, les isoiloirs sont aménagés et disposés de telle manière que chaque électeur soit soustrait à la vue et puisse procéder au vote sans intervention ni interruption.

§ 2. Les principes auxquels se conforment les isoiloirs sont les suivants :

1° la hauteur de l'isoloir doit être suffisante pour empêcher les électeurs qui se trouvent dans des isoiloirs contigus de voir le vote de leur voisin;

2° le plateau intérieur doit être assez large et profond pour que l'ordinateur de vote puisse y être installé.

§ 3. La conception de l'isoloir répond aux exigences suivantes :

1° une cloison dorsale d'environ 210 centimètres de hauteur;

2° deux cloisons latérales de la même hauteur;

3° une tablette réglable servant de pupitre;

4° une barre en acier pour une tenture;

5° une tenture.

Art. 22. § 1^{er}. L'isoloir adapté répond aux exigences suivantes :

1° la face supérieure de la tablette doit être placée à une hauteur de 80 centimètres au plus, avoir une largeur de 100 centimètres et une profondeur de 60 centimètres;

2° l'espace sous la tablette doit rester libre afin de permettre le bon positionnement des personnes se déplaçant en chaise roulante.

§ 2. L'isoloir adapté doit être installé au rez-de-chaussée, dans un local de vote ou à proximité, et de manière à permettre une circulation aisée des électeurs nécessitant une assistance et qui souhaitent en faire l'usage. Toutes les ruptures de niveau au rez-de-chaussée seront pourvues d'un plan incliné, provisoire ou non, assurant la circulation aisée tout en garantissant la sécurité des passants.

§ 3. Les collèges communaux convoquent les électeurs nécessitant une assistance dans les bâtiments de leur commune les mieux adaptés à leurs besoins.

CHAPITRE 7. — *Dispositions finales*

Art. 23. Le ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 24 mai 2018.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente,
Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme,
I. WEYKMANS

Annexe à l'arrêté du Gouvernement relatif aux opérations électorales en vue des élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande

Modèle 1 – Lettre de convocation à utiliser pour les élections des conseils provinciaux et communaux et destinée aux électeurs belges

CODE SNCB : (1)

LE VOTE EST OBLIGATOIRE	N° POSTAL – COMMUNE de / VILLE de	DISTRICT ÉLECTORAL DE	PROVINCE
----------------------------	---	-----------------------------	----------

ÉLECTIONS DU 14 OCTOBRE 2018 POUR LE RENOUVELLEMENT DU CONSEIL
PROVINCIAL ET DU CONSEIL COMMUNAL

LOI ÉLECTORALE

LETTRE DE CONVOCATION

N° registre des électeurs :

Nous vous prions de vous rendre le dimanche 14 octobre 2018 entre 8 heures et 15 heures, munie(e) de la présente lettre de convocation et de votre carte d'identité, dans le local indiqué où se trouve votre bureau de vote pour procéder à l'élection de :
..... conseillers provinciaux (3) et
conseillers communaux (3)

NOM, PRÉNOM(S) SEXE (2) RÉSIDENCE PRINCIPALE
--

Local : Adresse :	Bureau n° :
----------------------------------	-------------------

Pour le collège communal

Le directeur général,
[nom et prénom(s)]

Le bourgmestre
[nom et prénom(s)]

N.B. :

- 1° À partir du septante-cinquième jour suivant les élections communales, provinciales et de secteur, un exemplaire du rapport du président du tribunal de première instance de Namur sur les dépenses de propagande électorale engagées par les partis politiques est déposé pendant quinze jours au greffe du tribunal de première

- instance de Namur, où il peut être consulté par tous les candidats et les électeurs inscrits sur le registre des électeurs, sur présentation de leur convocation au scrutin.
- 2° À partir du trente-et-unième jour, après les élections, les déclarations de dépenses électorales des candidats peuvent être consultées au greffe du tribunal de première instance, pendant quinze jours, par tous les électeurs de la circonscription électorale concernée sur présentation de leur convocation au scrutin.
- Les déclarations de dépenses électorales sont conservées au greffe du tribunal de première instance jusqu'au cent-vingt-et-unième jour qui suit les élections.
- Si une plainte, telle que prévue à l'article L4131-6 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (4), ou une réclamation, telle que prévue à l'article L4146-25 du code, est introduite dans les cent vingt jours qui suivent la date des élections, la déclaration de dépenses électorales du candidat concerné par la plainte est envoyée, à leur demande, au procureur du Roi saisi ou à la Commission régionale de contrôle.
- Si aucune plainte, telle que prévue à l'article L4131-6 du code, ni aucune réclamation, telle que prévue à l'article L4146-25 du code, ne sont déposées dans le délai prévu à l'alinéa précédent, les documents concernés peuvent être retirés par les candidats.
- 3° Les électeurs ne résidant plus, au jour de l'élection, dans la commune où ils sont inscrits comme électeur, ont droit au remboursement de leurs frais de déplacement aux conditions fixées par le Gouvernement.

À reproduire au verso de la convocation :

- les instructions pour l'électeur;
- le texte de l'article L4132-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (4)

(1) Reproduire ici le code SNCB avec tous les numéros en vue du remboursement à cette société des frais résultant des déplacements effectués par les électeurs ci-dessus visés sous 1 qui, pour se rendre dans la commune où ils sont inscrits comme électeur, font usage des lignes de la SNCB :

Province du Brabant wallon : CODE SNCB : 098
Numéro d'organisme 099020
Numéro du réquisitoire : E000001

Province de Hainaut : CODE SNCB : 098
Numéro d'organisme 099121
Numéro du réquisitoire : E000001

Province de Liège : CODE SNCB : 098
Numéro d'organisme 099222
Numéro du réquisitoire : E000001

Province de Luxembourg : CODE SNCB : 098
Numéro d'organisme 099424
Numéro du réquisitoire : E000001

Province de Namur : CODE SNCB : 098
Numéro d'organisme 099525
Numéro du réquisitoire : E000001

(2) Faire précéder le nom de « M. » pour un électeur masculin et de « Mme » pour un électeur féminin.

(3) Indiquer le nombre de membres à élire.

(4) Tel qu'il est applicable en vertu de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

Modèle 2 - Lettre de convocation à utiliser pour l'élection des conseils communaux et destinée aux électeurs européens et extra-européens.

CODE SNCB : (1)

LE VOTE EST OBLIGATOIRE	N° POSTAL – COMMUNE de / VILLE de	DISTRICT ÉLECTORAL DE	PROVINCE
----------------------------	---	-----------------------------	----------

ÉLECTION DU 14 OCTOBRE 2018 POUR LE RENOUELEMENT DU CONSEIL COMMUNAL

LOI ÉLECTORALE

LETTRE DE CONVOCATION

N° registre des électeurs :

Nous vous prions de vous rendre le dimanche 14 octobre 2018 entre 8 heures et 15 heures, munie(e) de la présente lettre de convocation et de votre carte d'identité, dans le local indiqué où se trouve votre bureau de vote pour procéder à l'élection de :
..... conseillers communaux (3).

NOM, PRÉNOM(S) SEXE (2) RÉSIDENCE PRINCIPALE
--

Local : Adresse :	Bureau n° :
----------------------------------	-------------------

Pour le collège communal

Le directeur général,
(nom et prénoms)

Le bourgmestre
(nom et prénoms)

N.B. :

- 1° À partir du septante-cinquième jour suivant les élections communales, provinciales et de secteur, un exemplaire du rapport du président du tribunal de première instance de Namur sur les dépenses de propagande électorale engagées par les partis politiques est déposé pendant quinze jours au greffe du tribunal de première instance de Namur, où il peut être consulté par tous les candidats et les électeurs inscrits sur le registre des électeurs, sur présentation de leur convocation au scrutin.
- 2° À partir du trente-et-unième jour, après les élections, les déclarations de dépenses électorales des candidats peuvent être consultées au greffe du tribunal de première instance, pendant quinze jours, par tous les électeurs de la circonscription électorale concernée sur présentation de leur convocation au scrutin.

Les déclarations de dépenses électorales sont conservées au greffe du tribunal de première instance jusqu'au cent-vingt-et-unième jour qui suit les élections.

Si une plainte, telle que prévue à l'article L4131-6 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (4), ou une réclamation, telle que prévue à l'article L4146-25 du code, est introduite dans les cent vingt jours qui suivent la date des élections, la déclaration de dépenses électorales du candidat concerné par la plainte est envoyée, à leur demande, au procureur du Roi saisi ou à la Commission régionale de contrôle. Si aucune plainte, telle que prévue à l'article L4131-6 du code, ni aucune réclamation, telle que prévue à l'article L4146-25 du code, ne sont déposées dans le délai prévu à l'alinéa précédent, les documents concernés peuvent être retirés par les candidats.

3. Les électeurs ne résidant plus, au jour de l'élection, dans la commune où ils sont inscrits comme électeur, ont droit au remboursement de leurs frais de déplacement aux conditions fixées par le Gouvernement.

À reproduire au verso de la convocation :

- les instructions pour l'électeur;
- le texte de l'article L4132-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (4)

(1) Reproduire ici le code SNCB avec tous les numéros en vue du remboursement à cette société des frais résultant des déplacements effectués par les électeurs ci-dessus visés sous 1 qui, pour se rendre dans la commune où ils sont inscrits comme électeur, font usage des lignes de la SNCB :

Province du Brabant wallon : CODE SNCB : 098
Numéro d'organisme 099020
Numéro du réquisitoire : E000001

Province de Hainaut : CODE SNCB : 098
Numéro d'organisme 099121
Numéro du réquisitoire : E000001

Province de Liège : CODE SNCB : 098
Numéro d'organisme 099222
Numéro du réquisitoire : E000001

Province de Luxembourg : CODE SNCB : 098
Numéro d'organisme 099424
Numéro du réquisitoire : E000001

Province de Namur : CODE SNCB : 098
Numéro d'organisme 099525
Numéro du réquisitoire : E000001

(2) Faire précéder le nom de « M. » pour un électeur masculin et de « Mme » pour un électeur féminin.

(3) Indiquer le nombre de membres à élire.

(4) Tel qu'il est applicable en vertu de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

*Modèle 3 – Formulaire de procuration***Élections communales et provinciales du 14 octobre 2018**

Je soussigné(e) (nom et prénoms)

Né(e) le

Résidant à Rue Numéro Boite

Numéro d'identification au registre national des personnes physiques :

Inscrit(e) comme électeur(rice) dans la commune de

Donne procuration à..... (nom et prénoms)

Né(e) le

Résidant à Rue Numéro Boite

pour voter en mon nom et pour mon compte aux élections du 14 octobre 2018. Pour la raison suivante (1) :

- Je suis, pour cause de maladie ou d'infirmité de moi-même, d'un parent ou allié ou d'un cohabitant, dans l'incapacité de me rendre au bureau de vote ou d'y être transporté. Je joins un certificat médical.
- Je suis, pour des raisons professionnelles ou de service :
 - a) retenu à l'étranger de même que les électeurs, membres de ma famille ou de ma suite, qui résident avec moi;
 - b) me trouvant dans le Royaume au jour du scrutin, dans l'impossibilité de me présenter au centre de vote. Je joins un certificat délivré par l'autorité militaire ou civile ou par l'employeur dont je dépends.
- Je suis un indépendant, l'impossibilité visée sous a) et b) est attestée par une déclaration sur l'honneur préalable que j'effectue auprès de mon administration communale.
- J'exerce la profession de batelier, de marchand ambulant ou de forain (les membres de ma famille habitant avec moi peuvent de même donner procuration). Je joins un certificat du bourgmestre de la commune où je suis inscrit au registre de population.
- Je me trouve, au jour du scrutin, dans une situation privative de liberté par suite d'une mesure judiciaire. Cet état est attesté par la direction de l'établissement où je séjourne.
- En raison de mes convictions religieuses, je me trouve dans l'impossibilité de me présenter au centre de vote. Je joins une attestation délivrée par les autorités religieuses.
- Je suis étudiant(e) et, pour des motifs d'étude, me trouve dans l'impossibilité de me présenter au centre de vote. Je joins un certificat de la direction de l'établissement que je fréquente.
- Je serai, pour des raisons autres que celles mentionnées ci-dessus, absent de son domicile le jour du scrutin en raison d'un séjour temporaire à l'étranger, et me trouverai dès lors dans l'impossibilité de me présenter au centre de vote. Je joins un

certificat de l'organisation de voyages ou un certificat délivré par le bourgmestre de mon domicile.

Le mandataire, s'il est candidat, atteste sur l'honneur : (2)

- soit se porter mandataire auprès de son conjoint ou cohabitant légal, d'un parent ou allié ayant fixé sa résidence principale à son domicile;
- soit se porter mandataire auprès d'un parent ou allié n'ayant pas fixé sa résidence principale à son domicile, mais dont le lien de parenté est établi jusqu'au troisième degré.

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Le mandant,
(Signature)

Le mandataire,
(Signature)

(3) Je soussigné(e), bourgmestre de la commune de atteste par la présente que le mandant et le mandataire précités y sont tous deux inscrits au registre de la population et que M./Mme (nom du mandataire) est le/la (indiquer ici le lien de parenté ou d'alliance) de M./Mme (nom du mandant).

Sceau de la commune

Le Bourgmestre
(Signature)

(4) Je soussigné(e), bourgmestre de la commune de atteste par la présente que M./Mme (nom du mandataire) y est inscrit au registre de la population et certifie, sur le vu de l'acte de notoriété qui m'a été présenté, que le précité est le/la..... (indiquer ici le lien de parenté ou d'alliance) de M./Mme (nom du mandant).

Sceau de la commune

Le Bourgmestre
(Signature)

- (1) Cocher la ou les case(s) adéquate(s).
- (2) Cocher la ou les case(s) adéquate(s).
- (3) Cette rubrique est à compléter par le bourgmestre de la commune au registre de la population de laquelle le mandant et le mandataire sont tous deux inscrits.
- (4) Cette rubrique est à compléter par le bourgmestre de la commune au registre de la population de laquelle le mandataire est inscrit, lorsque le mandant a sa résidence principale dans une autre commune.

Remarque : aucune des rubriques (3) et (4) n'est à compléter lorsque le mandat se trouve dans l'impossibilité de se présenter au bureau de vote en raison de ses convictions religieuses et est à même de produire à cet effet une attestation émanant des autorités religieuses dont il relève.

Extrait du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1)

Art. L4132-1 – § 1^{er} – Peut mandater un autre électeur pour voter en son nom et pour son compte :

1° l'électeur qui, pour cause de maladie ou d'infirmité de lui-même, d'un parent ou allié ou d'un cohabitant, est dans l'incapacité de se rendre au centre de vote ou d'y être transporté. Cette incapacité est attestée par certificat médical. Les médecins qui sont présentés comme candidats à l'élection ne peuvent délivrer un tel certificat;

2° l'électeur qui, pour des raisons professionnelles ou de service :

a. est retenu à l'étranger de même que les électeurs, membres de sa famille ou de sa suite, qui résident avec lui;

b. se trouvant dans le Royaume au jour du scrutin, est dans l'impossibilité de se présenter au centre de vote.

L'impossibilité visée sous a. et b. est attestée par un certificat délivré par l'autorité militaire ou civile ou par l'employeur dont l'intéressé dépend.

Si l'intéressé est un indépendant, l'impossibilité visée sous a. et b. est attestée par une déclaration sur l'honneur préalable effectuée auprès de l'administration communale;

3° l'électeur qui exerce la profession de batelier, de marchand ambulant ou de forain et les membres de sa famille habitant avec lui.

L'exercice de la profession est attesté par un certificat délivré par le bourgmestre de la commune où l'intéressé est inscrit au registre de la population;

4° l'électeur qui, au jour du scrutin, se trouve dans une situation privative de liberté par suite d'une mesure judiciaire.

Cet état est attesté par la direction de l'établissement où séjourne l'intéressé;

5° l'électeur qui, en raison de ses convictions religieuses, se trouve dans l'impossibilité de se présenter au centre de vote.

Cette impossibilité doit être justifiée par une attestation délivrée par les autorités religieuses;

6° l'étudiant qui, pour des motifs d'étude, se trouve dans l'impossibilité de se présenter au centre de vote, à condition qu'il produise un certificat de la direction de l'établissement qu'il fréquente;

7° l'électeur qui, pour des raisons autres que celles mentionnées ci-dessus, est absent de son domicile le jour du scrutin en raison d'un séjour temporaire à l'étranger, et se trouve dès lors dans l'impossibilité de se présenter au bureau de vote.

Le séjour à l'étranger pour cette raison peut être attesté par un certificat de l'organisation de voyages. Ce document mentionne le nom de l'électeur qui souhaite mandater un autre électeur pour voter en son nom.

Si l'électeur n'est pas en mesure de se faire délivrer un tel document, l'impossibilité dans laquelle il se trouve de se présenter au bureau de vote le jour du scrutin peut être attestée par un certificat délivré par le bourgmestre de la commune de son domicile sur présentation d'autres pièces justificatives ou d'une déclaration écrite sur l'honneur. Le Gouvernement détermine le modèle du certificat à délivrer par le bourgmestre.

La demande doit être introduite auprès du bourgmestre du domicile au plus tard le jour qui précède celui des élections.

§ 2 – Tout électeur peut être désigné comme mandataire.

Un candidat peut être désigné mandataire auprès de son conjoint ou cohabitant légal, d'un parent ou allié ayant fixé sa résidence principale à son domicile, à condition d'être lui-même électeur.

Un candidat peut de même être désigné comme mandataire auprès d'un parent ou allié n'ayant pas fixé sa résidence principale à son domicile, pour autant que la parenté soit établie jusqu'au troisième degré.

Si le mandant et le mandataire sont tous deux inscrits au registre de population de la même commune, le bourgmestre de cette commune atteste sur le formulaire de procuration le lien de parenté.

S'ils ne sont pas inscrits dans la même commune, le bourgmestre de la commune où le mandataire est inscrit atteste le lien de parenté sur présentation d'un acte de notoriété. L'acte de notoriété est joint au formulaire de procuration.

Chaque mandataire ne peut disposer que d'une procuration.

Par dérogation aux alinéas qui précèdent, le mandataire sera désigné librement par le mandant, pour ce qui concerne l'électeur qui, en raison de ses convictions religieuses, est dans l'impossibilité de se présenter au centre de vote.

§ 3 – La procuration est rédigée sur un formulaire dont le modèle est fixé par le Gouvernement et qui est délivré gratuitement au secrétariat communal.

La procuration mentionne les élections pour lesquelles elle est valable, ainsi que les noms, prénoms, dates de naissance, adresses du mandant et du mandataire, et le numéro d'identification au registre national des personnes physiques du mandant.

Le formulaire de procuration est signé par le mandant et par le mandataire.

§ 4 – Peut voter, le mandataire qui remet au président du bureau de vote où le mandant aurait dû voter, la procuration ainsi que l'un des certificats mentionnés au paragraphe 1^{er}, et lui présente sa carte d'identité et sa convocation sur laquelle le président mentionne « a voté par procuration ».

Art. L4143-20 – § 6 – Pour être reçu à voter, le mandataire remet au président du bureau de vote où le mandant aurait dû voter, la procuration ainsi que l'un des certificats mentionnés à l'article L4132-1, § 1^{er}, et lui présente sa carte d'identité et sa convocation sur laquelle le président mentionne « a voté par procuration ».

Les procurations sont jointes au relevé visé à l'article L4143-25, alinéa 1^{er}, 2^o, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.

(1) Tel qu'il est applicable en vertu de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

Modèle 4 – Attestation du bourgmestre – Procuration en cas de séjour à l'étranger pour des raisons autres que professionnelles

Élections communales et provinciales du 14 octobre 2018

Commune :

Je soussigné, bourgmestre de la commune de, atteste par la présente, après avoir pris connaissance des justificatifs qui m'ont été soumis, que M./Mme (nom et prénoms), résidant n°, rue portant le n° d'identification au Registre national des personnes physiques, inscrit(e) comme électeur (rice) sous le numéro, est dans l'impossibilité de se présenter au bureau de vote en raison d'un séjour temporaire à l'étranger, à savoir en (nom du pays) non motivé par des raisons professionnelles ou de service.

L'intéressé(e) qui a introduit sa demande en temps utile avant le 14 octobre 2018 remplit dès lors les conditions prévues par l'article L4132-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1), pour mandater un autre électeur à l'effet de voter en son nom et pour son compte.

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Sceau de la commune

Le Bourgmestre
(Signature)

(1) Tel qu'il est applicable en vertu de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

Extrait du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1)

L4132-1 – § 1^{er} – Peut mandater un autre électeur pour voter en son nom et pour son compte :

[...] 7° l'électeur qui, pour des raisons autres que celles mentionnées ci-dessus, est absent de son domicile le jour du scrutin en raison d'un séjour temporaire à l'étranger, et se trouve dès lors dans l'impossibilité de se présenter au bureau de vote.

Le séjour à l'étranger pour une telle raison peut être attesté par un certificat de l'organisation de voyages.

Ce document mentionne le nom de l'électeur qui souhaite mandater un autre électeur pour voter en son nom.

Si l'électeur n'est pas en mesure de se faire délivrer un tel document, l'impossibilité dans laquelle il se trouve de se présenter au bureau de vote le jour du scrutin peut être attestée par un certificat délivré par le bourgmestre de la commune de son domicile sur présentation d'autres pièces justificatives ou d'une déclaration écrite sur l'honneur.

Le Gouvernement détermine le modèle du certificat à délivrer par le bourgmestre.

La demande doit être introduite auprès du bourgmestre du domicile au plus tard le jour qui précède celui des élections.

(1) Tel qu'il est applicable en vertu de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

Modèle 5 – Demande d'accompagnement

Élections communales et provinciales du 14 octobre 2018

Je, soussigné(e), (nom et prénoms)
 Né(e) le
 Résidant à Rue Numéro Boite

 Numéro d'identification au registre national des personnes physiques :

 Inscrit(e) comme électeur(rice) dans la commune de,
 déclare, par la présente demande, vouloir faire usage de la faculté qui m'est donnée de me
 faire accompagner, en vue des élections du 14 octobre 2018.

Par M./Mme (nom et prénoms)
 Né(e) le
 Résidant à Rue Numéro Boite

 Numéro d'identification au registre national des personnes physiques :

 Inscrit(e) comme électeur(rice) dans la commune de,

L'accompagnant, s'il est candidat, atteste sur l'honneur : (1)

- soit se porter accompagnant auprès de son conjoint ou cohabitant légal, d'un parent ou allié ayant fixé sa résidence principale à son domicile;
- soit se porter accompagnant auprès d'un parent ou allié n'ayant pas fixé sa résidence principale à son domicile, mais dont le lien de parenté est établi jusqu'au troisième degré.

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Signature de l'électeur
 (Signature)

Signature de l'accompagnant
 (Signature)

 (1) Cocher la ou les case(s) adéquate(s).

Extrait du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1)

Art. L4133-2 – § 1^{er} – L'électeur qui estime avoir besoin de se faire accompagner jusque et dans l'isoloir pour exercer son droit de vote peut introduire une déclaration en ce sens auprès du bourgmestre de son domicile au plus tard la veille du jour de l'élection.

Justifient d'un besoin d'accompagnement :

- 1° les personnes qui connaissent des difficultés dans le domaine du fonctionnement mental ou de l'apprentissage;
- 2° les personnes qui connaissent des difficultés dans le domaine du fonctionnement physique;

3° les personnes qui connaissent des difficultés dans le domaine du fonctionnement sensoriel;

4° les personnes qui connaissent des difficultés d'ordre psychique;

5° les personnes qui connaissent des difficultés suite à une maladie chronique ou dégénérative;

6° les personnes dont la langue maternelle n'est pas une des langues prévues à l'article 4 de la Constitution, quand cela a pour conséquence des difficultés de lecture.

§ 2 - L'électeur concerné choisit son accompagnant; celui-ci doit toutefois être lui-même électeur.

Aucun accompagnant ne peut assister plus d'un électeur.

Un candidat peut être désigné accompagnant auprès de son conjoint ou cohabitant légal, ou d'un parent ou allié ayant fixé sa résidence principale à son domicile, à condition d'être lui-même électeur.

Un candidat peut de même être désigné comme mandataire auprès d'un parent ou allié n'ayant pas fixé sa résidence principale à son domicile, pour autant que la parenté soit établie jusqu'au troisième degré.

§ 3 - La déclaration est rédigée sur un formulaire dont le modèle est fixé par le Gouvernement et qui est délivré gratuitement au secrétariat communal.

La déclaration mentionne les élections pour lesquelles elle est valable, ainsi que les noms, prénoms, dates de naissance et adresses de l'électeur et de l'accompagnant, et le numéro d'identification au Registre national des personnes physiques de l'électeur.

Le formulaire est signé par l'électeur et l'accompagnant. L'électeur le présente au président du bureau de vote avec sa convocation. Le président de bureau mentionne sur la convocation de l'accompagnant « a exercé le rôle d'accompagnant ».

§ 4 - Le président du bureau de vote expulse l'accompagnant qui enfreint le prescrit des paragraphes précédents.

(1) Tel qu'il est applicable en vertu de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

Modèle 6 – Demande de délivrance d'exemplaires ou copies du registre des électeurs à un parti

Élections communales et provinciales du 14 octobre 2018

Province : District électoral :
Canton électoral : Commune :

Nous soussignés, M./Mme électeurs de la commune ou du district, et mandatés par le parti nous engageons à présenter une liste de candidats pour les élections communales et/ou provinciales (1) du 14 octobre 2018 dans la circonscription électorale de (2) et à respecter les principes démocratiques énoncés notamment par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national socialiste pendant la Seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution.

Nous demandons par conséquent la délivrance de copie(s) ou exemplaire(s) du registre des électeurs communaux et/ou provinciaux (3) de votre commune.

Nous souhaitons obtenir les copies ou exemplaires sur support papier/informatique (4) et nous déclarons autoriser M./Mme à recevoir ces copies en notre nom.

Nous reconnaissons avoir pris connaissance des interdictions prévues par le Code de la démocratie locale et de la décentralisation et reproduites au verso du présent document, et nous nous engageons à nous y conformer.

Fait à (lieu)....., le..... (date)
(Signature(s))

-
- (1) Biffer les mentions non applicables.
 - (2) Indiquer le nom de la commune pour les élections communales et du district pour les élections provinciales.
 - (3) Biffer les mentions non applicables
 - (4) Biffer les mentions non applicables

Extraits du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1)

Art. L4122-5 – § 1^{er} – Dès que le registre visé à l'article précédent est établi, le collège communal, ou le fonctionnaire communal désigné par lui, est tenu d'en délivrer des exemplaires ou copies aux personnes mandatées, par un parti politique qui s'engage par écrit et dans un document commun à présenter une liste de candidats aux élections dans la commune et à respecter les principes démocratiques énoncés notamment par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national socialiste

pendant la Seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution.

Les demandes doivent être effectuées par lettre recommandée adressée au bourgmestre.

Les exemplaires sont délivrés sur support papier et sur support informatique exploitable dont le format est arrêté par le Gouvernement

§ 2 – Chaque parti politique visé au § 1^{er} peut obtenir deux exemplaires ou copies de ce registre à titre gratuit, sur support papier ou sur le support informatisé visé au § 1^{er}, au choix du parti, pour autant qu'il dépose une liste de candidats aux élections dans la commune.

La délivrance d'exemplaires ou de copies supplémentaires est faite contre paiement du prix coûtant à déterminer par le collège communal.

Si le parti ne présente pas de liste de candidats, il ne peut plus faire usage du registre des électeurs, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales édictées à l'article L4122-34 du présent code.

[...]

§ 6 – Le collège communal ne peut délivrer des exemplaires ou copies du registre des électeurs à d'autres personnes que celles qui en ont fait la demande conformément aux §§ 1^{er}, 3 et 4 sous peine des sanctions prévues à l'article L4122-34. Les personnes qui ont reçu ces exemplaires ou copies ne peuvent à leur tour les communiquer à des tiers.

Les exemplaires ou copies du registre des électeurs délivrés en application du présent article ne peuvent être utilisés qu'à des fins électorales, y compris en dehors de la période se situant entre la date de délivrance du registre et la date de l'élection, sous peine des sanctions pénales édictées à l'article L4122-34 du présent code.

Les exemplaires ou copies du registre des électeurs délivrés en application du présent article ne peuvent faire mention de leur numéro d'identification au Registre national des personnes physiques.

Art. L4122-34 – § 1^{er} – Est puni d'un emprisonnement de trois mois à cinq ans et d'une amende de cinquante à cinq cents euros ou d'une de ces peines seulement, celui qui en qualité d'auteur, de coauteur ou de complice aura, en violation de l'article L4122-5, § 6, soit délivré des exemplaires ou copies du registre des électeurs à des personnes non habilitées à les recevoir, soit communiqué ces exemplaires à des tiers après les avoir régulièrement reçus, soit fait usage des données du registre des électeurs à des fins autres qu'électorales.

§ 2 – Les peines encourues par les complices des infractions visées au § 1^{er} n'excéderont pas les deux tiers de celles qui leur seraient appliquées s'ils étaient l'auteur de ces infractions.

(1) Tel qu'il est applicable en vertu de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

Modèle 7 – Demande de délivrance d'exemplaires ou copies du registre des électeurs à un candidat

Élections communales et provinciales du 14 octobre 2018

Province : District électoral :
Canton électoral : Commune :

Je soussigné, M/Mme candidat à l'élection communale et/ou provinciale (1) dans la circonscription de (2), demande la délivrance de copie(s) ou exemplaire(s) du registre des électeurs communaux et/ou provinciaux (3) de votre commune.

Je m'engage à respecter les principes démocratiques énoncés notamment par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national socialiste pendant la Seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution.

Je souhaite obtenir ces copies ou exemplaire sur support papier/informatique (4).

Je reconnais avoir pris connaissance des interdictions prévues par le Code de la démocratie locale et de la décentralisation et reproduites au verso du présent document, et je m'engage à m'y conformer.

Fait à (lieu)....., le..... (date)
(Signature)

- (1) Biffer les mentions non applicables.
- (2) Indiquer le nom de la commune pour les élections communales et du district pour les élections provinciales.
- (3) Biffer les mentions non applicables
- (4) Biffer les mentions non applicables

Extraits du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1)

Art. L4122-5 – § 1^{er} – Dès que le registre visé à l'article précédent est établi, le collège communal, ou le fonctionnaire communal désigné par lui, est tenu d'en délivrer des exemplaires ou copies aux personnes mandatées, par un parti politique qui s'engage par écrit et dans un document commun à présenter une liste de candidats aux élections dans la commune et à respecter les principes démocratiques énoncés notamment par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national socialiste pendant la Seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution.

Les demandes doivent être effectuées par lettre recommandée adressée au bourgmestre.

Les exemplaires sont délivrés sur support papier et sur support informatique exploitable dont le format est arrêté par le Gouvernement

[...]

§ 3 – Toute personne figurant comme candidat sur un acte de présentation déposé en vue de l'élection peut obtenir, contre paiement du prix coûtant, des exemplaires ou copies du registre des électeurs, sur support papier et sur le support informatique visé au § 1^{er}, pour autant qu'elle en ait fait la demande par lettre recommandée au Bourgmestre et qu'elle s'engage à respecter les principes démocratiques énoncés notamment par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national socialiste pendant la Seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution.

Le collège communal vérifie, au moment de la délivrance, que l'intéressé est présenté comme candidat à l'élection.

Si le demandeur est ultérieurement rayé de la liste des candidats, il ne peut plus faire usage du registre des électeurs, sous peine des sanctions pénales édictées à l'article L4122-34 du présent code.

[...]

§ 6 – Le collège communal ne peut délivrer des exemplaires ou copies du registre des électeurs à d'autres personnes que celles qui en ont fait la demande conformément aux §§ 1^{er}, 3 et 4 sous peine des sanctions prévues à l'article L4122-34. Les personnes qui ont reçu ces exemplaires ou copies ne peuvent à leur tour les communiquer à des tiers.

Les exemplaires ou copies du registre des électeurs délivrés en application du présent article ne peuvent être utilisés qu'à des fins électorales, y compris en dehors de la période se situant entre la date de délivrance du registre et la date de l'élection, sous peine des sanctions pénales édictées à l'article L4122-34 du présent code.

Les exemplaires ou copies du registre des électeurs délivrés en application du présent article ne peuvent faire mention de leur numéro d'identification au Registre national des personnes physiques.

Art. L4122-34 – § 1^{er} – Est puni d'un emprisonnement de trois mois à cinq ans et d'une amende de cinquante à cinq cents euros ou d'une de ces peines seulement, celui qui en qualité d'auteur, de coauteur ou de complice aura, en violation de l'article L4122-5, § 6, soit délivré des exemplaires ou copies du registre des électeurs à des personnes non habilitées à les recevoir, soit communiqué ces exemplaires à des tiers après les avoir régulièrement reçus, soit fait usage des données du registre des électeurs à des fins autres qu'électorales.

§ 2 – Les peines encourues par les complices des infractions visées au § 1^{er} n'excéderont pas les deux tiers de celles qui leur seraient appliquées s'ils étaient l'auteur de ces infractions.

(1) Tel qu'il est applicable en vertu de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

Le président de ce bureau électoral confirme la présence des personnes dont les noms figurent sur cette liste (téléphone du Président : /).

Le secrétaire,
(Signature)

Les assesseurs
(Signatures)

Le président
(Signature)

- (1) Ce numéro est renseigné au verso de la carte d'identité.
- (2) Les nom et prénom sont précédés de la mention : Madame (Mme) ou Monsieur (M.).
- (3) En ce qui concerne la fonction, il y a lieu de lire comme suit : P pour le président, A pour les assesseurs et S pour le secrétaire.

Instructions à suivre

- 1° Pour permettre un paiement rapide, les membres du bureau mentionnent de façon claire et précise leurs coordonnées, spécialement leur numéro de compte.
- 2° Ce document est à établir en double exemplaire :
 - le premier est à remettre le jour du scrutin au président du bureau de canton qui le remettra, le lundi matin suivant les élections, au percepteur des postes;
 - le second est à conserver par le président du bureau.
3. Le numéro de registre national permet l'inscription au dossier population des membres du bureau électoral du nombre de fois où ils ont siégé en une telle qualité.

total de

Total

La somme est à verser au compte indiqué ci-dessus.

Cette déclaration de créance doit être transmise au plus tard le 14 janvier 2019 à l'adresse de l'administration provinciale mentionnée ci-dessus.

Fait à (lieu)....., le..... (date)
(Signature)

(1) Cocher la ou les case(s) adéquate(s).

Durée heures.

8. Autre (mentionner la nature de la/les prestation(s)) :

Les pièces justificatives éventuelles doivent être jointes pour chacune des prestations visées ci-dessus.

Le cas échéant, il faut joindre à la présente le justificatif, modèle 12, attestant de la nécessité de la tâche visée au 8°.

Le président du bureau atteste de l'exactitude de cette déclaration.

Certifié sincère et complet

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Le Président de bureau,
(Signature)

Le déclarant,
(Signature)

Modèle 12 – Attestation justifiant de la nécessité d'une tâche exceptionnelle spécifique (à annexer au modèle 11)

Élections communales et provinciales du 14 octobre 2018

Province :

Canton électoral : Commune :

Bureau communal / de district / de canton (Biffer la mention inutile)

Le (La) soussigné(e) : (nom et prénoms),

Déclare avoir effectué la (les) tâche(s) suivante(s) :

Cette tâche était justifiée en raison des motifs suivants :

Il était par ailleurs impossible d'effectuer cette tâche durant les heures de travail normales pour les motifs suivants :

Certifié sincère et complet

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Le déclarant,
(Signature)

Modèle 13 – Déclaration de créance afférente aux frais réels des membres des bureaux

Élections communales et provinciales du 14 octobre 2018

Province :

Canton électoral : Commune :

Bureau communal / de district / de canton (Biffer la mention inutile)

POUR PERMETTRE UN PAIEMENT RAPIDE, VOUS ÊTES INVITÉS À MENTIONNER VOS
COORDONNÉES DE FAÇON CLAIRE ET COMPLÈTE. VÉRIFIEZ VOTRE NUMÉRO DE
COMPTE !

Le (La) soussigné(e) : Président / Secrétaire / Assesseur (biffer la
mention inutile) du bureau,
tél. ou GSM n°

Adresse	Code postal	Commune

Montant	Numéro de compte (Le compte doit correspondre au nom indiqué)	Signature

Déclare qu'il m'est dû le remboursement de frais réels, pour le montant global spécifié ci-dessus, et afférents aux tâches suivantes :

1. Reproduction de documents
 OUI NON
pour un montant de euros;
2. Communications par télécopieur
 OUI NON
pour un montant de euros;
3. Appels téléphoniques
 OUI NON
pour un montant de euros;
4. Papeterie
 OUI NON
pour un montant de euros;
5. Transport des accessoires
 OUI NON
pour un montant de euros;
6. Autres frais semblables
 OUI NON
pour un montant de euros;

Origine et justification de ces frais :

Je joins à la présente, pour chacun des frais visés ci-dessus, les pièces justificatives éventuelles.

Le président du bureau atteste de l'exactitude de cette déclaration.

Certifié sincère et complet

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Le président de bureau,
(Signature)

Le déclarant,
(Signature)

.....

Modèle 14 - Tableau de composition du bureau de canton

Province : District électoral :
 Canton électoral : Commune :

Le Président du bureau de canton atteste que le bureau de canton est composé comme suit :

	Nom et Prénom	Date de naissance	Profession et niveau	Numéro du registre national	Résidence principale et adresse complète
Président					
Secrétaire					
Asseseurs					
Asseseurs					
Asseseurs					
Asseseurs					
Asseseur suppléant					
Asseseur suppléant					
Asseseur suppléant					
Asseseur suppléant					

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Le Président du bureau de canton,
 (Signature)

Extraits du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1)

Art. L4125-7 - § 1^{er} - Le bureau de canton est établi au chef-lieu du canton et se compose d'un président, de quatre assesseurs, de quatre assesseurs suppléants choisis par son président parmi les électeurs de la commune chef-lieu du canton et d'un secrétaire nommé conformément aux dispositions de l'article L4125-15.

§ 2 - Il est présidé par :

- 1° le président du tribunal de première instance ou son suppléant dans le chef-lieu du canton électoral coïncidant avec le chef-lieu d'arrondissement judiciaire;
- 2° le juge de paix dans le chef-lieu du canton électoral coïncidant avec le chef-lieu d'un canton judiciaire;
- 3° par le juge de paix ou son suppléant du canton judiciaire dans lequel est situé le chef-lieu du canton électoral dans tous les autres cas.

Dans le cas où la présidence du bureau de canton ne peut être assurée par un magistrat, le président du bureau de district désigne le président de ce bureau parmi les électeurs du district en respectant l'ordre prévu à l'article L4125-3? § 2.

Le président du bureau de district communique immédiatement au Gouvernement l'identité et les coordonnées de contact des présidents désignés.

Art. L4125-5 – § 1^{er} – Le 15 septembre au plus tard, le président du bureau communal désigne les présidents des bureaux de vote et de dépouillement communal, ainsi que les assesseurs et assesseurs suppléants du dépouillement communal parmi les électeurs de la commune les moins âgés, ayant le jour de l'élection au moins dix-huit ans, dans l'ordre déterminé par l'article L4125-3, § 2.

[Pour les désignations d'assesseurs et assesseurs suppléants, il est également tenu compte de la liste des volontaires dont question à l'article L4122-7, § 1^{er}.] (2)

§ 2 – À la même date, il désigne les assesseurs des bureaux de vote parmi les électeurs de la commune les moins âgés, ayant le jour de l'élection au moins dix-huit ans, et remplissant les conditions prévues à l'article L4125-3, § 2, auxquels il faut ajouter les personnes titulaires d'une fonction de niveau C relevant de la Région wallonne ou équivalente dans les administrations et organismes prévus au 6^o de ce même paragraphe ou qui exercent ailleurs une fonction équivalente [ainsi que la liste des volontaires prévue à l'article L4122-7, § 1^{er}.] (2)

§ 3 – Les présidents, assesseurs et assesseurs suppléants des bureaux de vote et de dépouillement sont désignés parmi les électeurs figurant sur les relevés prévus à l'article L4122-7, § 1^{er}, 1^o et 2^o.

[...]

§ 7 – Il transmet aussitôt aux présidents des bureaux de vote et de dépouillement communal, au président du bureau de district et de canton et au collège communal le tableau reprenant la composition du bureau communal, des bureaux de vote ainsi que des bureaux de dépouillement communal.

Ce tableau est établi conformément au modèle arrêté par le Gouvernement.

Le collège communal assure par voie d'affichage la consultation par le public du tableau qu'il a reçu.

Il en fait parvenir un exemplaire au Gouvernement ou à son délégué dans les plus brefs délais.

§ 8 – Le président du bureau communal délivre des copies du tableau des membres des bureaux de la commune à toute personne qui en aura fait la demande quinze jours au moins avant l'élection; le prix d'un exemplaire de ce tableau est déterminé par arrêté du Gouvernement. Il ne peut excéder 2,48 euros

(1) Tel qu'il est applicable en vertu de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

(2) Pour les élections provinciales.

Modèle 15 – Tableau de composition du bureau communal et des bureaux de vote ??

Province : District électoral :

Canton électoral : Commune :

Le Président du bureau communal atteste que le bureau communal et les bureaux de vote sont composés comme suit (1) :

Bureau communal

	Nom et Prénom	Date de naissance	Profession et niveau	Numéro du registre national	Résidence principale et adresse complète
Président					
Secrétaire					
Asseseurs					
Asseseurs					
Asseseurs					
Asseseurs					
Asseseur suppléant					
Asseseur suppléant					
Asseseur suppléant					
Asseseur suppléant					

Bureau de vote n° (2), siégeant à (3)

	Nom et Prénom	Date de naissance	Profession et niveau	Numéro du registre national	Résidence principale et adresse complète
Président					
Secrétaire					
Secrétaire adjoint (4)					
Asseseurs					
Asseseurs					
Asseseurs					
Asseseurs					

Assesseeurs (4)					
Assesseeur suppléant					
Assesseeur suppléant					
Assesseeur suppléant					
Assesseeur suppléant					
Assesseeur suppléant (4)					

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Le Président du bureau communal,
(Signature)

(1) Il convient de compléter le présent tableau en fonction du nombre effectif de bureaux de vote.

(2) Chaque bureau de vote se voit attribuer une section d'électeurs. Il convient d'indiquer le numéro de la section d'électeurs correspondante tel qu'il est attribué conformément à l'article 6 de l'accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

(3) Indiquer l'adresse complète.

(4) À ne remplir que s'il y a plus de huit cents électeurs inscrits au bureau de vote.

Extraits du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1)

Art. L4125-1 – § 4 – Aucun candidat ne peut faire partie d'un bureau électoral. Les candidats et listes de candidats peuvent désigner des témoins pour contrôler les opérations des bureaux selon les modalités visées à l'article L4134-1.

La fonction de greffier provincial, de receveur provincial, de secrétaire communal et de receveur communal est incompatible avec la charge de président, assesseur ou assesseur suppléant d'un bureau de circonscription.

Il en va de même de la détention d'un mandat politique et de la mission de témoin.

Art. L4125-3 – § 2 – Pour présider le bureau communal, le président du bureau de district désigne, dans l'ordre déterminé ci-après :

1° les juges ou juges suppléants du tribunal de première instance, du tribunal du travail et du tribunal de commerce, selon le rang d'ancienneté;

2° les juges de paix ou leurs suppléants selon le rang d'ancienneté;

3° les juges du tribunal de police ou leurs suppléants selon le rang d'ancienneté;

4° les avocats et les avocats stagiaires dans l'ordre de leur inscription au tableau ou sur la liste des stagiaires;

5° les notaires;

6° les titulaires de fonctions du niveau A ou B relevant de la Région wallonne, et les titulaires d'un grade équivalent relevant de l'État fédéral, de la Communauté française, de la Communauté germanophone, des provinces, des communes, des centres publics d'action sociale, de tout organisme d'intérêt public visé ou non par la loi du 16 mars 1954

relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public ou des entreprises publiques autonomes visées par la loi du 21 mars 1991 portant réforme de certaines entreprises publiques économiques;

7° le personnel enseignant;

8° les stagiaires du parquet;

9° au besoin les personnes désignées parmi les électeurs de la commune occupant ailleurs des fonctions équivalentes à celles définies au point 6°.

Hormis les juges, qui peuvent être désignés pour présider le bureau communal de leur siège indépendamment de la commune où ils sont électeurs, les personnes visées au présent paragraphe sont des électeurs de la commune où elles exercent leur charge de président de bureau communal.

Lorsque le président du bureau communal est tenu de se rendre dans une autre commune pour voter, il désigne un suppléant pour le remplacer, le jour du scrutin, le temps nécessaire à l'accomplissement de son devoir électoral.

Les autorités publiques occupant des personnes visées à l'alinéa précédent sous 6° et 7°, communiquent les nom, prénoms, adresse et profession de ces personnes aux administrations communales où elles ont leur résidence principale.

Le président du bureau de district communique au Gouvernement pour le 30 juin l'identité et les coordonnées de contact des présidents désignés.

[...]

Art. L4125-5 – § 1^{er} – Le 15 septembre au plus tard, le président du bureau communal désigne les présidents des bureaux de vote et de dépouillement communal, ainsi que les assesseurs et assesseurs suppléants du dépouillement communal parmi les électeurs de la commune les moins âgés, ayant le jour de l'élection au moins dix-huit ans, dans l'ordre déterminé par l'article L4125-3, § 2.

[Pour les désignations d'assesseurs et assesseurs suppléants, il est également tenu compte de la liste des volontaires dont question à l'article L4122-7, § 1^{er}.] (2)

§ 2 – À la même date, il désigne les assesseurs des bureaux de vote parmi les électeurs de la commune les moins âgés, ayant le jour de l'élection au moins dix-huit ans, et remplissant les conditions prévues à l'article L4125-3, § 2, auxquels il faut ajouter les personnes titulaires d'une fonction de niveau C relevant de la Région wallonne ou équivalente dans les administrations et organismes prévus au 6° de ce même paragraphe ou qui exercent ailleurs une fonction équivalente [ainsi que la liste des volontaires prévue à l'article L4122-7, § 1^{er}.] (2)

§ 3 – Les présidents, assesseurs et assesseurs suppléants des bureaux de vote et de dépouillement sont désignés parmi les électeurs figurant sur les relevés prévus à l'article L4122-7, § 1^{er}, 1° et 2°.

[...]

§ 7 – Il transmet aussitôt aux présidents des bureaux de vote et de dépouillement communal, au président du bureau de district et de canton et au collège communal le tableau reprenant la composition du bureau communal, des bureaux de vote ainsi que des bureaux de dépouillement communal.

Ce tableau est établi conformément au modèle arrêté par le Gouvernement.

Le collège communal assure par voie d'affichage la consultation par le public du tableau qu'il a reçu.

Il en fait parvenir un exemplaire au Gouvernement ou à son délégué dans les plus brefs délais.

§ 8 – Le président du bureau communal délivre des copies du tableau des membres des bureaux de la commune à toute personne qui en aura fait la demande quinze jours au

moins avant l'élection; le prix d'un exemplaire de ce tableau est déterminé par arrêté du Gouvernement. Il ne peut excéder 2,48 euros

-
- (1) Tel qu'il est applicable en vertu de l'accord de coopération conclu le 13 juillet 2017 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.
(2) Pour les élections provinciales.

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement relatif aux opérations électorales en vue des élections communales et provinciales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande.

Eupen, le 24 mai 2018

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président

O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente,
Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2018/202973]

24 MEI 2018. — Besluit van de Regering betreffende de kiesverrichtingen voor de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie, de artikelen L4112-9, L4112-17, L4123-1, L4124-1, L4125-5, L4132-1, L4133-2, L4135-1, L4135-3, L4135-4 en L4143-3;

Gelet op het Samenwerkingsakkoord van 13 juli 2017 tussen het Waals Gewest en de Duitstalige Gemeenschap over de lokale verkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied, artikel 3;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 20 februari 2018;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting d.d. 23 februari 2018;

Gelet op advies 63.149/4 van de Raad van State, gegeven op 17 april 2018, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor Lokale Besturen;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — *De kiescolleges*

Afdeling 1. — Bijeenroeping van de kiescolleges met het oog op de gemeenteraads- en provincieraadsverkiezingen

Artikel 1. De stemlokalen zijn geopend van 8 tot 15 uur.

De kiezers die nog in de wachtrij staan op het sluitingsuur van de lokalen, worden nog tot de stemming toegelaten.

Afdeling 2. — Model van de oproepingsbrief voor de kiezers

Art. 2. De oproepingsbrieven voor Belgische kiezers worden voor de verschillende verkiezingen op wit papier gedrukt.

De buitenlandse kiezers - al dan niet onderdanen van een lidstaat van de Europese Unie - die ingeschreven staan in het register van de kiezers, ontvangen een blauwe oproepingsbrief.

Art. 3. De oproepingsbrieven voor de Belgische kiezers worden opgesteld overeenkomstig het bijgaande model 1.

Art. 4. § 1. Voor de buitenlandse kiezers, al dan niet onderdanen van een andere lidstaat van de Europese Unie, worden de oproepingsbrieven voor de verkiezing van de gemeenteraden opgesteld overeenkomstig het bijgaande model 2.

§ 2. De oproepingsbrieven voor de kiezers die onderdanen van een andere lidstaat van de Europese Unie zijn, dragen de letter "C".

De oproepingsbrieven voor de kiezers die geen onderdanen van een lidstaat van de Europese Unie zijn, dragen de letter "E".

Afdeling 3. — Stemming bij volmacht

Art. 5. § 1. Het volmachtformulier dat moet worden gebruikt bij de gemeente- en provincieraadsverkiezingen stemt overeen met het bijgaande model 3.

§ 2. Het attest dat de burgemeester afgeeft aan de kiezers die overeenkomstig artikel L4132-1, § 1, 7°, van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie gemachtigd zijn om bij volmacht te stemmen wegens een tijdelijk verblijf in het buitenland dat niet gewettigd is door beroeps- of dienstredenen, stemt overeen met het bijgaande model 4.

Dat attest wordt afgeleverd indien er geen bewijs van de reisorganisatie voorhanden is.

Afdeling 4. — Bijstand bij de stemming

Art. 6. De verklaring, bedoeld in artikel L4133-2, § 3, van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie, betreffende de bijstand bij de stemming wordt afgelegd aan de hand van een formulier overeenkomstig het bijgaande model 5. Dat formulier wordt kosteloos verstrekt door de gemeentesecretarie.

In de verklaring worden vermeld: de verkiezingen waarvoor die verklaring geldt, de naam, de voornamen, de geboortedatum en het adres van de kiezer en de begeleider, alsook het identificatienummer van de kiezer in het Rijksregister van de natuurlijke personen.

Het formulier wordt ondertekend door de kiezer en de begeleider.

HOOFDSTUK 2. — *Afgeven van het register van de kiezers*

Art. 7. § 1. Overeenkomstig artikel L4122-5, § 1, van hetzelfde Wetboek hebben de door een politieke partij gemachtigde personen het recht exemplaren of afschriften van het register van de kiezers te verkrijgen op papier en op elektronische gegevensdragers zodra dat register opgesteld is, voor zover ze zich schriftelijk en in een gemeenschappelijk document ertoe verbinden een kandidatenlijst voor te dragen voor de verkiezingen in de gemeente en de democratische beginselen na te leven, meer bepaald uitvaardigd bij het Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden, bij de wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden en bij de wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de tweede wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd of elke andere vorm van genocide, alsmede de bij de Grondwet gewaarborgde rechten en vrijheden na te leven.

Die aanvraag wordt verricht bij aangetekend schrijven gericht aan de burgemeester.

De aanvraag wordt opgesteld overeenkomstig het bijgaande model 6.

§ 2. Overeenkomstig artikel L4122-5, § 3, van hetzelfde Wetboek heeft elke kandidaat het recht tegen betaling van de kostprijs exemplaren of afschriften van het register van de kiezers te verkrijgen op papier en op elektronische gegevensdragers zodra hij zijn kandidatuur heeft ingediend en voor zover hij zich ertoe verbindt een kandidatenlijst voor te dragen voor de verkiezingen in de gemeente en de democratische beginselen na te leven, meer bepaald uitgevaardigd bij het Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden, bij de wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden en bij de wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de tweede wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd of elke andere vorm van genocide, alsmede de bij de Grondwet gewaarborgde rechten en vrijheden na te leven.

Die aanvraag wordt ingediend bij aangetekend schrijven gericht aan de burgemeester.

De aanvraag wordt opgesteld overeenkomstig het bijgaande model 7.

Art. 8. Voor de afgifte van de exemplaren van het register van de kiezers bedoeld in artikel L4122-5, § 1, van hetzelfde Wetboek dient het gemeentecollege een bestandsformaat te gebruiken met een structuur die de mogelijkheid biedt om de gegevens ervan rechtstreeks te importeren in een applicatie waarmee ze meermaals verwerkt kunnen worden en die meer bepaald de mogelijkheid biedt om kiezerslijsten op te stellen die aan bepaalde selectiecriteria beantwoorden.

HOOFDSTUK 3. — *Te vermelden gegevens*

Art. 9. § 1. In zijn voordrachtsakte vermeldt de kandidaat, naast zijn volledige identiteit, de naam waaronder hij wenst vermeld te worden op het aanplakbiljet bedoeld in artikel L4142-37, § 2, van hetzelfde Wetboek en op de beeldschermen van de stemcomputers. Het kieskringbureau zal die gegevens gebruiken ter vaststelling van de gegevens op de beeldschermen van de stemcomputers.

§ 2. Er mag slechts een enkele voornaam worden vermeld, waarbij een samengestelde voornaam als één enkele voornaam wordt beschouwd.

De gekozen voornaam moet worden vermeld in de opsomming van de voornamen in de geboorteakte.

§ 3. Voor zover de vermelding van die verschillende voornaam niet leidt tot verwarring met een andere kandidaat of een persoon bekend in de kieskring, mag het kieskringbureau een kandidaat toelaten om een andere voornaam te gebruiken op het aanplakbiljet en op de beeldschermen van de stemcomputers, met naleving van de volgende regels :

1° de voornaam waaronder de kandidaat daadwerkelijk bekend is, is niet zijn eerste voornaam maar een andere, op zijn geboorteakte vermelde voornaam: in dat geval vermeldt hij de volledige voornaam op zijn voordrachtsakte en wijst hij erop dat hij de gekozen voornaam wenst gebruikt te zien op de beeldschermen van de stemcomputers;

2° de kandidaat is bekend onder de afkorting van één van zijn voornamen zoals ze staan vermeld op de geboorteakte : bijvoorbeeld, Danny voor Daniël; hij handelt als in punt 1°;

3° de voornaam die hij wenst gebruikt te zien op de beeldschermen van de stemcomputers maakt geen deel uit van de opsomming van de voornamen op zijn geboorteakte: het kieskringbureau aanvaardt die voornaam tegen voorlegging van een akte van bekendheid afgegeven door een vrederechter, een notaris of een burgemeester; de geboortevoorname van de kandidaat staat vermeld op de beeldschermen van de stemcomputers, gevolgd door zijn gebruikelijke voornaam.

§ 4. De identiteit van de gehuwde of weduwe/ weduwnaar geworden kandidaat kan worden voorafgegaan of gevolgd door de naam van de echtgenoot of overleden echtgenoot.

HOOFDSTUK 4. — *Verkiezingsuitgaven*

Afdeling 1. — Algemene bepalingen

Art. 10. § 1. De provincie Luik sluit contracten af voor de betaling van de noodzakelijke verkiezingsuitgaven bedoeld in artikel 13 van het samenwerkingsakkoord van 13 juli 2017 tussen het Waals Gewest en de Duitstalige Gemeenschap over de lokale verkiezingen van 14 oktober 2018 op het Duitse taalgebied en zorgt voor de betaling van de schuldvorderingen. Daarna vordert ze bij de gemeenten van het Duitse taalgebied de gepaste bedragen terug naar rata van de ingeschreven kiezers.

De gemeenten van het Duitse taalgebied worden echter van de verdeling uitgesloten voor wat betreft de terugvordering van de kosten die voortvloeien uit de betaling van het presentiegeld aan de leden van de provinciale en gemeentelijke stemopnemingsbureaus, aangezien die bureaus alleen voorkomen bij een stemming met papieren stembiljetten.

§ 2. De presentiegelden worden uitbetaald op grond van de lijst van de aanwezige leden van het kiesbureau gericht aan de voorzitter van het betrokken kiesbureau. Die lijst wordt opgesteld overeenkomstig het bijgaande model 8.

§ 3. Voor de betaling van het presentiegeld aan de leden van de kiesbureaus van de provincie sluit de provincie Luik, volgens de aanwijzingen van de Waalse Regering en de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, een contract tot uitvoering van de betaling van het presentiegeld door middel van overschrijvingen op de financiële rekeningen van de leden van de kiesbureaus.

§ 4. De leden van de kiesbureaus die recht hebben op een reisvergoeding, sturen hun aangifte van schuldvordering naar de provincie. Die aangifte van schuldvordering wordt opgesteld overeenkomstig het bijgaande model 9 en bevat het adres van de provincie.

§ 5. De kiezers bedoeld in artikel 11 die de terugbetaling van hun reiskosten aanvragen, stellen hun aangifte van schuldvordering op door middel van het bijgaande model 10 en vermelden het adres van de provincie.

Op grond van een overeenkomst tussen de provincie Luik en de Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen factureert laatstgenoemde aan de provincie de kosten die voortvloeien uit de verplaatsingen van de betrokken kiezers die een gratis vervoersbewijs hebben gekregen. Op haar facturen vermeldt de NMBS de NMBS-provinciecode die op de oproepingsbrieven vermeld staat.

§ 6. De provincie Luik sluit bij een verzekeringsmaatschappij een polis af om de schade te dekken die voortvloeit uit ongevallen die de leden van de kiesbureaus zijn overkomen en betaalt de kosten ervan.

§ 7. De verkiezingsuitgaven die voortvloeien uit de werkzaamheden en dienstprestaties die noodzakelijk zijn voor de kiesverrichtingen, worden gedragen met inachtneming van de regels inzake overheidsopdrachten.

Afdeling 2. — Terugbetaling van de reiskosten van sommige kiezers

Art. 11. § 1. De in artikel L4135-4 van hetzelfde Wetboek bedoelde kiezers kunnen binnen drie maanden na de verkiezing een aanvraag indienen bij de directeur-generaal van de provincie Luik voor de terugbetaling van hun reiskosten.

De aanvraag wordt opgesteld op een formulier dat overeenstemt met het bijgaande model 10; daarbij worden de volgende documenten gevoegd:

1° de door het stembureau afgestempelde oproepingsbrief;

2° een attest van inschrijving in de bevolkingsregisters als het kiezers betreft die niet meer in de gemeente verblijven waar ze moeten stemmen;

3° één van de volgende documenten:

a) een attest van de werkgever, waaruit blijkt dat zij door hem bezoldigd worden, als het bezoldigde kiezers betreft die op zending naar het buitenland zijn of hun beroep uitoefenen in een andere gemeente dan die waar ze moeten stemmen;

b) een attest van de directie van de onderwijsinstelling, waaruit blijkt dat ze er regelmatig zijn ingeschreven, als het kiezers betreft die op grond van hun studies in een andere gemeente verblijven dan die waar ze moeten stemmen;

c) een attest van de directie van het opvangcentrum, de verplegingsinstelling of de gezondheidsinstelling, waaruit blijkt dat ze daar opgenomen zijn of zich daar in behandeling bevinden, als het kiezers betreft die, om medische of gezondheidsredenen, in een andere gemeente verblijven dan die waar ze moeten stemmen;

4° in voorkomend geval, het gebruikte vervoerbewijs van het openbaar vervoer.

§ 2. De kosten worden terugbetaald op grond van het tarief van het reizigersvervoer in tweede klasse, zoals het toegepast wordt door de Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen op de verkiezingsdag.

§ 3. De kiezers die voor hun verplaatsing de lijnen van de Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen gebruiken, kunnen, in plaats van de terugbetaling van hun kosten te vragen, een vrijbiljet tweede klasse krijgen door in het station van vertrek hun oproepingsbrief voor de verkiezing, hun identiteitskaart alsook één van de in § 1 bedoelde documenten voor te leggen.

Het afgegeven vervoerbewijs is geldig van de vrijdag vóór de dag van de verkiezing tot de zondag daarop. Het kan enkel voor de terugreis dienen op overlegging van de door het stembureau behoorlijk afgestempelde oproepingsbrief.

Afdeling 3. — Presentiegeld en vergoedingen ten behoeve van de leden van de bureaus

Art. 12. § 1. Het basisbedrag van het presentiegeld dat de leden van de kiesbureaus krijgen voor elke zitting waarin bij hetzelfde Wetboek wordt voorzien, wordt vastgesteld op 12,50 euro.

§ 2. Rekening houdend met de werklast en de verantwoordelijkheden van de voorzitters en de leden van de kieskring- en kantonbureaus, wordt het bedrag van het presentiegeld aangepast als volgt:

- voor de voorzitters van de kieskring- en kantonbureaus wordt het basisbedrag van het presentiegeld vermenigvuldigd met zes;

- voor de leden van de kieskring- en kantonbureaus wordt het basisbedrag van het presentiegeld vermenigvuldigd met vier.

§ 3. Het basisbedrag van het presentiegeld voor de voorzitters, leden, secretarissen en adjunct-secretarissen wordt vermenigvuldigd met 1,5.

Art. 13. § 1. De door de leden van de kiesbureaus ontvangen presentiegelden zijn bestemd voor de vervulling van hun burgerplicht en dekken het geheel van de vergaderingen die deze kiesbureaus overeenkomstig hetzelfde Wetboek moeten houden.

§ 2. Wat betreft de stembureaus gaat het om de zitting bestemd om de kiezers te ontvangen die komen stemmen.

§ 3. Wat betreft de kieskringbureaus gaat het om zittingen betreffende het in ontvangst nemen van de voordrachten van kandidaten, de toetsing van de ontvankelijkheid van die voordrachten, het voorlopig afsluiten van de kandidatenlijsten, de ontvangst van bezwaren tegen kandidaatstellingen en beroepen tegen de weigering van bepaalde kandidatenlijsten, de indiening van de verbeteringsakten, het definitief vaststellen van de kandidatenlijsten, de provincie- en gemeenteloting, de formulering en het toezicht op de aanmaak van de beeldschermen van de stemcomputers, de verklaringen van lijstenverbinding, de verdeling van de zetels onder de lijsten op de verkiezingsdag, de aanwijzing van de verkozenen en de plaatsvervangers en de apparentering.

§ 4. Voor de kantonbureaus gaat het om de zittingen voor de opleiding van de voorzitters van de kiesbureaus en om de zitting voor de telling van de stemmen.

Art. 14. § 1. Buiten de in artikel 13 opgesomde zittingen waarvoor enkel presentiegeld kan worden vereist, kan het zijn dat de leden van de kieskring- en kantonbureaus taken moeten uitvoeren teneinde een vlot verloop van de verkiezingen te verzekeren maar die verder reiken dan één vergadering. Die taken betreffen meer bepaald de verzending van de bij hetzelfde Wetboek vereiste brieven, overzichten en tabellen, met inbegrip van de verzending van de processen-verbaal, de aanwijzingsprocedure van de bureauleden, de onderzoeken naar de verkiesbaarheid van de kandidaten, de digitale invoering van de lijsten en het overmaken daarvan, de verbeteringen die volgen op de verificatie van dubbele kandidaatstellingen door de Waalse Regering en door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, het updaten van de stemschermen, de mededeling van de officiële kandidatenlijst aan de kieskringbureaus en aan de indieners die het aanvragen, alsook de mededeling van de uittreksels van het proces-verbaal van de telling aan de verkozenen.

Om die taken uit te voeren, stelt het gemeentecollege op aanvraag van de voorzitter van het kieskringbureau, met toepassing van artikel L4145-5, § 4, van hetzelfde Wetboek, het personeel en het materieel noodzakelijk voor de vervulling van de opdracht van de voorzitter van het kieskringbureau ter beschikking van die voorzitter en bepaalt het bedrag van de vergoedingen.

§ 2. Overeenkomstig het koninklijk besluit van 28 augustus 1963 betreffende het behoud van het normaal loon van de werklieden, de dienstboden, de bedienden en de werknemers aangeworven voor de dienst op binnenschepen, voor afwezigheidsdagen ter gelegenheid van familiegebeurtenissen of voor de vervulling van staatsburgerlijke verplichtingen of van burgerlijke opdrachten, hebben de arbeidscontractanten het recht afwezig te blijven van het werk met behoud van hun gewone bezoldiging voor de vervulling van de burgerplichten voor maximum vijf dagen. De statutaire ambtenaren van de federale, gewestelijke, gemeenschaps-, provinciale en gemeentelijke openbare diensten genieten gelijkaardige bepalingen krachtens hun respectieve statuten.

Alleen de in § 1 bedoelde taken komen dus in aanmerking voor een vergoeding, voor zover ze worden uitgevoerd buiten de normale werkuren van de betrokken bureauleden in de uitoefening van hun beroep.

§ 3. De aangifte van schuldvordering betreffende de overeenkomstig § 1 uitgevoerde taken wordt overgemaakt aan het bestuur van de provincie Luik. Daarbij worden de staat van de gepresteerde uren en de eventuele bewijsstukken gevoegd. Die aangifte van schuldvordering wordt opgesteld overeenkomstig het bijgaande model 11.

§ 4. Vergoedingsaanvragen overeenkomstig § 2, voor een taak die niet uitdrukkelijk staat vermeld in de lijst opgenomen in § 1 van dit artikel, moeten het voorwerp uitmaken van een attest op grond van het bijgaande model 12, waaruit blijkt dat die taak noodzakelijk is in de kiesprocedure en dat zij niet kan worden uitgevoerd binnen de normale werkuren.

Die taken worden vergoed op grond van die aangifte van schuldvordering.

Art. 15. § 1. De werkelijke kosten van de kieskring- en kantonbureaus in de uitoefening van hun opdracht maken het voorwerp uit van een terugbetaling op grond van een aangifte van schuldvordering overeenkomstig het bijgaande model 13 met de bewijsstukken als bijlage (zie Duitse versie). De aangifte van schuldvordering wordt aan het bestuur van de provincie Luik gericht. Die kosten omvatten de reproductie van documenten, de faxberichten, de telefoongesprekken, het bureau- en schrijfmateriaal, het vervoer van toebehoren en andere gelijkaardige kosten.

Afdeling 4. — Terugbetaling van de reiskosten van de leden van de kiesbureaus

Art. 16. § 1. De vergoeding aan de leden van de kiesbureaus voor de terugbetaling van hun reiskosten is vastgesteld op 0,15 euro per afgelegde kilometer.

§ 2. De schuldvordering opgesteld overeenkomstig het bijgaande model 9 wordt gericht aan het bestuur van de provincie Luik binnen drie maanden na de verkiezing.

Afdeling 5. — Dekking van de risico's die voortvloeien uit ongevallen die de leden van de kiesbureaus kunnen overkomen

Art. 17. § 1. De provincie Luik neemt bij een verzekeringsmaatschappij een polis om de lichamelijke schade te dekken die voortvloeit uit ongevallen die de leden van de kiesbureaus bij de verkiezingen kunnen overkomen zowel in de uitoefening van hun functies als op de heen- of terugweg van hun woonplaats naar de vergaderplaats van hun bureau.

§ 2. Die verzekeringspolis dekt de lichamelijke schade die voortvloeit uit ongevallen die de leden van de kiesbureaus overkomen tijdens de uitoefening van hun opdracht of op de heen- en terugweg van hun woonplaats naar de vergaderplaats van hun bureau.

§ 3. Ze dekt ook de burgerlijke aansprakelijkheid die voortvloeit uit de schade die door hun toedoen of schuld werd toegebracht aan derden in de uitoefening van hun opdracht of op de heen- en terugweg van hun woonplaats naar de vergaderplaats van hun bureau.

Ten opzichte van elkaar worden de verzekerden als derden beschouwd.

§ 4. Het begrip 'heen- en terugweg van de woonplaats van de verzekerde naar de vergaderplaats van zijn bureau' wordt bepaald overeenkomstig artikel 8 van de Arbeidsongevallenwet van 10 april 1971.

Art. 18. § 1. Onder 'verzekerden' moet worden verstaan:

1° de leden van de centrale arrondissementbureaus, de provinciale hoofdbureaus, de districtbureaus, de kantonbureaus en gemeentelijke bureaus, alsook de stembureaus, met uitsluiting van de getuigen maar met inbegrip van de plaatsvervangende bijzitters die speciaal zijn opgeroepen door de voorzitter van het bureau waarvoor ze zijn aangewezen;

2° voor de dekking van het risico beschreven in artikel 17, § 2, de personen bedoeld in 1° hierboven, alsook de personeelsleden van het Waals Gewest en van de Duitstalige Gemeenschap die door de Waalse Regering of door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen zijn om de verkiezingen mee te organiseren.

§ 2. De leden van de kiesbureaus die onderworpen zijn aan het stelsel ingesteld bij de wet van 3 juli 1967 betreffende de schadevergoeding voor arbeidsongevallen, voor ongevallen op de weg naar en van het werk en voor beroepsziekten in de overheidssector, worden uitgesloten van de dekking bedoeld in § 1.

In geval van het bestaan van één of meerdere verzekeringen die geheel of gedeeltelijk dezelfde risico's dekken als die welke bij dit artikel gedekt worden, vormt de in § 2 bedoelde verzekeringspolis slechts een aanvulling, na uitputting van deze verzekeringen.

Art. 19. § 1. De verzekeringspolis begint te lopen, naar gelang van de categorieën van kiesbureaus die samengesteld moeten worden, op de datum die hetzelfde Wetboek vastlegt voor hun eerste vergadering.

De verzekeringspolis eindigt wanneer de bureaus het geheel van hun verrichtingen hebben uitgevoerd.

§ 2. De premie die aan de verzekeraar wordt gestort met toepassing van de verzekeringsovereenkomst maakt het voorwerp uit van een terugbetaling die de helft bedraagt van het verschil tussen 85 % van het bedrag van de premie en het bedrag van de uitgaven.

Onder uitgaven moeten de bedragen worden verstaan die betaald worden ingeval van schade en de reserves voor schade die eventueel nog goedge moet worden.

Hoofdstuk 5. — *De prijs van de afschriften van de lijst met vermelding van de samenstelling van de stembureaus*

Art. 20. § 1. Overeenkomstig artikel L4125-5, § 7, van hetzelfde Wetboek maakt de voorzitter van het gemeentelijk bureau de tabel met de samenstelling van het gemeentelijk bureau en van de stembureaus over aan de voorzitters van de stembureaus, aan de voorzitter van het district- en kantonbureau, alsook aan het gemeentecollege. Die tabel wordt opgemaakt overeenkomstig de bijgaande modellen 14 en 15.

Het gemeentecollege zorgt ervoor dat de tabel die het ontvangen heeft, door aanplakking door iedereen kan worden ingezien.

§ 2. De afgifte van die afschriften gebeurt tegen betaling van:

1° het bedrag van 1,50 euro per exemplaar, in de gemeenten of kieskantons met minder dan 25.000 ingeschreven kiezers;

2° het bedrag van 2 euro per exemplaar, in de gemeenten of kieskantons met 25.000 of meer ingeschreven kiezers.

Als het aantal kiezers die in de gemeente of in het kanton ingeschreven zijn bij de indiening van de aanvraag niet gekend is, wordt het aantal kiezers die bij de vorige verkiezingen ingeschreven waren, als basis genomen.

Hoofdstuk 6. — *Stemhokje en stemmaterieel*

Art. 21. § 1. In elk stemlokaal worden de stemhokjes zodanig ingericht en geplaatst dat elke kiezer aan het oog onttrokken is en zonder inmenging noch onderbreking kan stemmen.

§ 2. De stemhokjes voldoen aan de volgende principes:

1° het stemhokje moet voldoende hoog zijn, zodat de kiezers die zich in aangrenzende stemhokjes bevinden, niet kunnen zien voor wie de persoon naast hen stemt;

2° de tafel moet voldoende breed en diep zijn voor de stemcomputer;

§ 3. De inrichting van de stemhokjes voldoet aan de volgende vereisten:

1° een ongeveer 210 cm hoge scheidingswand;

2° aan de zijkanten twee gelijk hoge scheidingswanden;

3° een verstelbaar tafelblad dat als schrijftafel dient;

4° een metalen gordijnenstang;

5° een gordijn.

Art. 22. § 1. Het aangepaste stemhokje voldoet aan de volgende eisen:

1° de bovenkant van het tafelblad mag hoogstens 80 cm hoog, 100 cm breed en 60 cm diep zijn;

2° de ruimte onder het tafelblad moet vrij blijven, zodat rolstoelgebruikers hun rolstoel goed kunnen positioneren.

§ 2. Het aangepaste stemhokje wordt op het gelijkvloers geplaatst, in of in de onmiddellijke nabijheid van een stemlokaal, zodat het goed bereikbaar is voor hulpbehoevende kiezers die het stemhokje wensen te gebruiken. Alle niveaunderschillen op het gelijkvloers zijn voorzien van een al dan niet voorlopig hellend vlak waarbij het gemakkelijke verkeer en de veiligheid van voorbijgangers gewaarborgd is.

§ 3. De gemeentecolleges zorgen ervoor dat de hulpbehoevende kiezers worden opgeroepen in de gebouwen van hun gemeente die het best aangepast zijn aan hun behoeften.

Hoofdstuk 7. — *Slotbepalingen*

Art. 23. § 1. De minister die bevoegd is voor Lokale Besturen is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 24 mei 2018.

Voor de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
O. PAASCH

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme,
I. WEYKMANS